



AUSGABE 13 · 34. JAHRGANG · 13. WAHLPERIODE · 8.10.2003

## Sparkurs

S. 6

Die Regierung macht Ernst mit den Einsparungen bei den Gehältern im öffentlichen Dienst: Für die Beamten soll das Urlaubsgeld wegfallen, das Weihnachtsgeld wird gekürzt. Protest vor dem Landtag.

## Städte

S. 9

Der Osten bekommt den Großteil der Städtebaufördermittel. Angesichts der wachsenden Probleme hierzulande sollten die Städte im Westen wieder stärker bedacht werden. Aktuelle Stunde auf Antrag der Koalitionsfraktionen.

## Korruption

S. 14

Korruption bei der Müllverbrennung – ein heißes Thema. Die eingesetzten Ermittler kamen nicht überall an die Akten, weil sie in den fraglichen Städten auf Entgegenkommen angewiesen waren. Das wurde ihnen hier und da versagt.

## Sicherheit

S. 15

Die Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland wirft lange Schatten. Schon weit im Vorfeld werden im Sportausschuss Fragen der Sicherheit und Verkehrsanbindung erörtert. Über den aktuellen Stand informierte der Minister.



Vor 13 Jahren begann die deutsche Einheit. Zwei unterschiedliche Gesellschaften und zwei verschiedene Wirtschaftssysteme sollten zusammenwachsen, die sich weit auseinander entwickelt hatten. Der Ökonomie traute man dies am ehesten zu: Auf der einen Seite eine funktionierende Marktwirtschaft, dort eine marode Staatswirtschaft. Ernüchternde Bilanz nach mehr als einem Dutzend Jahren: Es ist immer noch nicht geschafft. Bund, Länder, Gemeinden und der Steuerbürger zahlen immer noch nach „drüben“. Bei schlechter Konjunktur mehren sich aber die Stimmen, die fragen: Was ist mit den schweren Problemen, die wir in den westlichen Bundesländern lösen müssen? Die vier Fraktionsvorsitzenden debattieren auf den Seiten 10 und 11. Foto: Schälte

## Wort und Widerwort:

*Was hat NRW zur deutschen Einheit beigetragen und was ist noch zu leisten?*

„Nun wächst zusammen, was zusammen gehört.“ Willy Brandts Ausspruch ging in die Geschichtsbücher ein, leider auch manche Euphorie der ersten Zeit nach dem Fall der Mauer. Doch ist die Mauer in den Köpfen schon gefallen? Am 3. Oktober vor 13 Jahren endete nach fast 40-jähriger politischer und wirtschaftlicher Trennung die Teilung Deutschlands. Die Zeit des Zusammenwachsens ist noch voll im Gange. Das Land Nordrhein-Westfalen hat sich dafür in vielen Bereichen stark gemacht und für die Deutsche Einheit mehr geleistet, als das Wort Solidarität gemeinhin bedeutet (Seite 8).

**13 Jahre deutsche Einheit:  
Wie geht es weiter?**



# Inhalt

<b>Die Meinung der Jugend ist gefragt</b>	<b>2</b>
<b>Einigkeit: Das Urteil aus Münster wird umgesetzt</b>	<b>3</b>
<i>Raus aus der Schuldenfalle – die Ausgaben den Einnahmen anpassen</i>	
<b>Gegenwind auch aus der Koalition gegen Berliner Gemeindefinanzreform</b>	<b>4</b>
<b>Schlagabtausch der Fachpolitiker</b>	<b>5</b>
<i>Im Medienland Nummer Eins hängt der Hausegen schief</i>	
Deutsch-Schweizer Gipfel im Landtag	5
<b>Drinnen Spardebatte – draußen Pfeifkonzert</b>	<b>6</b>
<i>Regierung legt Gesetzentwurf zur Besoldungskürzung vor</i>	
<b>Landtage wollen bei der Reform mitbestimmen können</b>	<b>7</b>
Münster soll Sitz der künftigen Landwirtschaftskammer NRW sein	7
<b>Wort und Widerwort</b>	<b>8</b>
<i>Was hat NRW zur deutschen Einheit beigetragen und was ist noch zu leisten?</i>	
<b>Mittel zwischen Ost und West gerechter verteilen</b>	<b>9</b>
<b>„Wir haben Geschichte miterlebt“</b>	<b>10/11</b>
<i>Interview mit den Fraktionschefs</i>	
<b>Digitales Zeitalter beim Fernsehen steht vor der Tür</b>	<b>12</b>
<b>Neue Strategie bei der WestLB</b>	<b>13</b>
Warten auf den Haushaltsentwurf	13
<b>Korruption bei fast allen Müllverbrennungsanlagen</b>	<b>14</b>
<i>Ermittler wollen auf gesetzlicher Grundlage arbeiten</i>	
<b>Überwachungskameras für alle Fußball-Weltmeisterschaft-Stadien</b>	<b>15</b>
<b>Weitere Zechen müssen schließen</b>	<b>16</b>
Frauen in Männerberufen	16
<b>Erste Bilanz des Liegenschaftsbetriebs</b>	<b>16</b>
<b>Vorbildliches Radland NRW</b>	<b>17</b>
<b>Erhöhen Wechseljahrhormone Krebserrkrankungsrisiko bei Frauen?</b>	<b>18</b>
<b>Offene Ganztagsgrundschule: 77 Gemeinden machen mit</b>	<b>18</b>
Tunesischer Parlamentspräsident im Landtag	18
5000 Unterschriften übergaben die Mitglieder der Deutschen Steuergewerkschaft	19
<b>Startschuss für erstes islamisches Schülerwohnheim in NRW</b>	<b>19</b>
<b>Aktuelles aus den Ausschüssen</b>	<b>20</b>
<b>Kurz, aber heiß – Sommerfußball für die Fluthilfe</b>	<b>21</b>
<b>Aus den Fraktionen</b>	<b>22</b>
<b>Porträt der Woche: Gisela Hinnemann (CDU)</b>	<b>23</b>
Wissenswertes/Handwerksreform/Impressum	23
<b>Geburtstage und Personalien</b>	<b>24</b>

## Die Jugend ist gefragt!

Bloß nicht anbiedern! Keine gemeinsame Sprache! Schwer erklärbar! Wenn junge Medienmacher auf Politiker treffen, müssen nicht unbedingt immer solche Vorurteile im Wege stehen. Wenn ja, dann müssen sie ausgeräumt werden. Bestes Beispiel dafür ist der erste gemeinsame Dialog im Präsidenten-Büro. Landtagspräsident Ulrich Schmidt holte junge Abgeordnete – einen von jeder Fraktion – und junge Medienmacher aus NRW, hauptsächlich Schülerzeitungsredakteure, an einen runden Tisch. Ein erster Schritt zum erfolgreichen Dialog.

Sie kamen aus Essen, Meerbusch, Wuppertal, Bonn, Köln, Lienen, Sassenberg, Greven, Düsseldorf, Wermelskirchen, und waren überrascht, dass Landtagspräsident und Abgeordnete soviel Zeit hatten, um ins Gespräch mit den Jugendlichen zu kommen. Vieles kritisierten die jungen Medienmacher. Dass sie im Unterricht zu wenig über Landespolitik erfahren. Dass sich der Einzelne in der Politik nicht wiederfindet. Dass es so wenige junge Abgeordnete gibt, weil Jugendliche lieber 30-Jährigen statt 50-Jährigen zuhören. Tatsächlich sind die jüngeren Abgeordneten im Landtag NRW unterrepräsentiert. Der Jüngste ist 24 Jahre alt, der Älteste 69. Unter 30 gibt es im Parlament lediglich fünf Abgeordnete.

### NETZWERKE

Vieles missfiel den jungen Medienmachern: Zum Beispiel, dass viele junge Menschen überfordert beim Wählen sind, weil sie sich nicht richtig informiert fühlen. Denn die Grundzüge der Parteien stünden in manchen Klassen in der 8 auf dem Stundenplan und nicht dann, wenn sie kurz vor der ersten Wahl stehen. Auch haben manche das Gefühl: Meine Meinung ist überhaupt nicht gefragt! Bemängelt wurde auch, dass es zu wenig Netzwerke gibt und zu wenige Einblicke in das Parlamentsgeschehen.

Auf der anderen Seite gab es verunsicherte Politiker, die nicht so recht wissen, wie sie Jugendliche ansprechen sollen. Dabei wünschen sich die Politiker, auch an die heran zu kommen, die sich bisher nicht für Politik interessieren. Oftmals sind es die stillen jungen Menschen, denen es nicht so leicht fällt, ihre Interessen zu äußern. Doch genau die sind auch gefragt.

Heraus gekommen ist nach dem Gespräch mit dem Präsidenten und den Abgeordneten der Wunsch auf der Seite der Jugendlichen, ein Netzwerk zwischen Landtagsabgeordneten aller Fraktionen und den jungen Medienschaffenden zu gründen. Im Frühjahr wird der gemeinsame Austausch fortgesetzt. **SH**

## Einigkeit: Das Urteil aus Münster wird umgesetzt

### Raus aus der Schuldenfalle – die Ausgaben den Einnahmen anpassen

Verfassungswidrig gewesen seien die Landeshaushalte der Jahre 2001 und 2002 – dieses Urteil des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen fand drei Wochen, nachdem es ergangen war, eine Fortsetzung im Landtag. Drei Anträge debattierte am 24. September das Plenum. Die CDU (Drs. 13/4321) verlangte, die Landesregierung zu rügen und sie zum Umsteuern in der Haushaltspolitik zu verpflichten. Die FDP (Drs. 13/4329) wollte die Regierung angesichts der „unverantwortlichen Belastung zukünftiger Generationen“ zu einem regelmäßigen Nachhaltigkeitsbericht verpflichten. SPD und GRÜNE schließlich (Drs. 13/4364) verwiesen darauf, dass die beanstandete Praxis auch in anderen Ländern geübt worden sei.

Dr. Jürgen Rüttgers, CDU-Fraktionsvorsitzender, wies den Verdacht der Schadenfreude zurück – die Regierungsmehrheit sei in den zurückliegenden Haushaltsdebatten ihren Rechten und Pflichten als Haushaltsgesetzgeber nicht gerecht geworden. Vielmehr habe sie auf die Mahnungen seiner Fraktion mit Überheblichkeit und Hochmut reagiert. Das Urteil aus Münster sei jetzt die Quittung dafür. Wenn nun in der Konsequenz der Hinweis auf andere unterblieben wäre und gesagt worden sei: „Natürlich, klar, weg mit Schaden, wir machen weiter Politik“, dann würde er, Rüttgers, sagen: „Es ist okay“.

Aber beim neuen Haushalt gebe es schon wieder „verfassungsrechtliche Anfragen“. Der Finanzminister des Landes gehe von einem Wirtschaftswachstum von zwei Prozent aus – das sei illusorisch. Der neue Haushalt stehe also schon wieder auf tönernen Füßen, die Landesregierung habe aus der Niederlage in Münster nicht gelernt.

Gisela Walsken (SPD) entgegnete darauf, das Urteil dürfe nicht zum Anlass für einen Rundumschlag und zur politischen Diffamierung genommen werden. Das halte sie auch dem Gericht gegenüber für nicht würdig und, – auf

sich und die rot-grüne Regierungskoalition bezogen: „Ich lasse mir als derjenigen, die das Haushaltsgesetz mit beschlossen hat, nicht unterstellen, dass ich bewusst die Landesverfassung verletzt habe.“ Im Gegenteil, sie könne erläutern, dass sie aufgrund der Sachargumente guten Grund gehabt habe zu glauben, „dass wir zum damaligen Zeitpunkt nicht gegen unsere Landesverfassung handelten“. Für künftige Haushalte sei das Verfassungsgerichtsurteil strikt anzuwenden, fuhr sie fort und stellte klar, die Forderung nach einer Rüge der Landesregierung gehe an die falsche Adresse.

Dr. Ingo Wolf (FDP), Fraktionsvorsitzender, wertete das Urteil als „schallende Ohrfeige“ für den Ministerpräsidenten. Der Hinweis auf andere Bundesländer, auch die hätten ihre Haushalte durch kreditfinanzierte Rücklagen ausgeglichen, gehe fehl, denn im Unterschied zu NRW hätten die insgesamt viel besser gewirtschaftet. Das zeige allein schon der Vergleich der unterschiedlichen Pro-

eigentliche Botschaft der Richter. „Wir müssen sukzessive aus der Schuldenfalle heraus.“ Die Ausgaben seien den gesunkenen Einnahmen anzupassen und es seien die zukünftigen Verpflichtungen durch Zinszahlungen und erhöhte Pensionsleistungen einzuplanen. Mit ihrem Entwurf für den Doppelhaushalt 2004/2005 habe die Landesregierung Ernst gemacht mit dem Konsolidierungskurs und strukturelle Veränderungen eingeleitet. Man brauche nicht nur einen Nachhaltigkeitsbericht, „sondern einen nationalen Stabilitätspakt, der hält, was er verspricht. Wir brauchen klare Verbindlichkeiten mit Sanktionsmechanismen“.

Finanzminister Jochen Dieckmann (SPD) sagte, mit dem Urteil habe das Gericht verfassungsrechtliches Neuland betreten. Darum weise er mit Nachdruck die Unterstellung der Opposition zurück, die Landesregierung habe wider besseres Wissen gehandelt. Durch die Rücklagenbildung sei dem Land kein Zinschaden entstanden, der Vorwurf der Unwirtschaftlichkeit könne ebenfalls nicht erhoben werden. Im Übrigen sei die allgemeine Rücklage zum Jahresende 2002 aufgelöst worden – „damit ist dieser Teil der Entscheidung eigentlich gegenstandslos“. Über die Quote des wirtschaftlichen Wachstums werde man sich dann austauschen können, wenn die neue Steuerschätzung vorliege. Mit dem Doppelhaushalt lege die Landesregierung ein ausgewogenes Konzept vor. Über Einzelheiten könne man reden, wenn zugleich ein Finanzierungsvorschlag gemacht werde.

Edgar Moron, SPD-Fraktionsvorsitzender, bekräftigte das uneingeschränkte Vertrauen seiner Fraktion für den heutigen Ministerpräsidenten und seinerzeitigen Finanzminister. Es gelte nun, den Blick nach vorne zu richten. Da gehe es bei der extremen Schiefelage der Landesfinanzen nicht ums Sparen, sondern um Ausgabenkürzungen. Man sei sehr gespannt, welche Verantwortungsbewussten und belastbaren Alternativvorschläge die Opposition in diesem Zusammenhang vorlege, betonte Moron.

Kopf-Verschuldungen. Hierzulande würden von Rot-Grün durchgreifende Reformen verweigert, das Motto gelte: „Augen zu und durch.“ Es gebe kein Sparen im Sinne von Vorsorge: „Seit 1995 verstoßen Sie regelmäßig gegen das Gebot der Generationengerechtigkeit!“

Edith Müller (GRÜNE) nannte die Forderung nach einer nachhaltigen Haushaltspolitik als

Das Gericht hat gesprochen und über die Landeshaushalte zweier Jahre ein Urteil gefällt – wie das zu bewerten ist und welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind, war Gegenstand der parlamentarischen Auseinandersetzung. Foto: Schälte

Die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN halten den Berliner Entwurf zur Reform der Gemeindefinanzen für dringend verbesserungsbedürftig. Die Entlastung um fünf Milliarden Euro sei deutlich zu niedrig. Steuerschlupflöcher für große Unternehmen müssten beseitigt werden. Durch die neue Gemeindefinanzsteuer sollten auch Einnahmen aus Mieten, Zinsen, Leasingraten und Pachten besteuert werden. Der Landtag nahm nach kontroverser Aussprache am 24. September ihren Antrag an, und lehnte die Vorstellungen von CDU und FDP ab.

Bundesregierung verulkt worden. Die NRW-CDU habe ein sauberes Modell. Ein Systemwechsel sei nötig.

Christof Rasche (FDP) hielt den Berliner Vorschlag für enttäuschend. Er helfe den Städten und Gemeinden nicht. Sie bräuchten verlässliche Einnahmen.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) äußerte sich enttäuscht über die CDU-Haltung und forderte sie auf, dem Modell der Spitzenverbände zuzustimmen.

## Gegenwind auch aus der Koalition gegen Berliner Gemeindefinanzreform

### Da muss deutlich nachgebessert werden, meint der NRW-Landtag

Ralf Jäger (SPD) erläuterte, der Einnahmehinbruch für die Gemeinden summiere sich seit dem Jahr 2000 auf 3,5 Milliarden Euro. Ursächlich sei die konjunkturanfällige Gewerbesteuer und deren Demontage durch die Regierung Kohl. Ungerecht sei es, Freiberufler nicht einzubeziehen. Auf Bundesebene sei entschieden worden, die Gewerbesteuer zu modernisieren. Die CDU solle dem Modell zustimmen, das allerdings erheblich nachgebessert werden müsse, so dass die Entlastung größer, die Steuerflucht von Organgesellschaften verhindert und die Bemessungsgrundlage der neuen Gemeindefinanzsteuer erweitert werde.

Krise zur Staatskrise aus. Die Zukunft hänge nicht an einer Reform der Gewerbesteuer. Vielmehr sei diese von allen Parteien ausgehöhlt worden und nur noch eine Restgröße. Sie solle abgeschafft und den Gemeinden ein Zuschlag auf die Einkommens- und Körperschaftsteuer sowie ein höherer Umsatzsteueranteil eingeräumt werden.

Angela Freimuth (FDP) hielt die beabsichtigte Reform der Bundesregierung für kläglich gescheitert. Die Finanzen und Aufgaben zwischen Bund, Ländern und Gemeinden müssten grund-



Angela Freimuth (FDP)

Christian Weisbrich (CDU)

### Zitate

„Der Landtag fordert die Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe, wobei die Effizienzgewinne den Kommunen verbleiben müssen. Es darf zu keiner Kompensation der von den Kommunen dringend benötigten Einsparungen durch eine zusätzliche Aufgabenzuweisung an die Kommunen, wie z.B. der bundesgesetzlichen Verpflichtung der Betreuung der unter Dreijährigen, kommen.“

Zitat aus dem SPD-/GRÜNE-Antrag „Gemeindefinanzreform zum Erfolg führen“.

„Die Gewerbesteuer stellt für die kommunale Familie keine verlässliche Einnahmequelle dar. Der Reformvorschlag der CDU-Landtagsfraktion schafft deshalb die Gewerbesteuer konsequent ab... Die Kompensation soll zu über eine Erhöhung des Umsatzsteueranteils von 2,2 auf 11,7 Prozent erfolgen. Ein Viertel soll durch Beteiligung an der Körperschaftsteuer ... erreicht werden.“

Zitat aus dem CDU-Antrag „Kommunen brauchen einen Neuanfang“.

„Die Einbeziehung der Freiberufler in die Gruppe der Gewerbesteuerzahler schadet der wirtschaftlichen Entwicklung und ist außerordentlich beschäftigungsfeindlich.“

Zitat aus dem FDP-Antrag „Starke Kommunen durch echte Gemeindefinanzreform“.



Ralf Jäger (SPD)

Dr. Fritz Behrens (SPD)

Ewald Groth (GRÜNE)

Ewald Groth (GRÜNE) sah als neu an, dass sich 178 Kommunen in der Haushaltsicherung und teilweise in Nothaushaltsführung befänden. Mehr Umsatzsteueranteile an die Kommunen abzugeben, wie die CDU vorschläge, sei völlig unrealistisch. Einnahmen aus Mieten, Zinsen und Pachten müssten besteuert werden. Die Gemeindefinanzsteuer sei keine Sonderlast für deutsche Unternehmen. Die CDU solle ihre Ideen zurückziehen.

Christian Weisbrich (CDU) beschwor die Verpflichtung, die Finanzprobleme der Kommunen rasch zu lösen. Sonst wachse sich die

und 15 Prozent von der Lohn- und Einkommensteuer.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) warb für das Berliner Kommunalmodell, dem auch die Spitzenverbände zustimmten. Allerdings seien Nachbesserungen dringend nötig. Die kommunale Finanzkrise erstreckte sich über ganz Deutschland. Belastungsgerecht sei der Antrag von Schleswig-Holstein, die großen Kapitalgesellschaften stärker an der Gewerbesteuer zu beteiligen. Eine wirtschaftsbezogene Kommunalsteuer sei unverzichtbar.

Manfred Palmen (CDU) meinte, die Gemeindefinanzreform-Kommission sei von der

Schon beim Thema der Debatte am 1. Oktober hagelte es Kritik von den Koalitionsfraktionen und der Regierungsbank. „Medienland NRW abgebrannt“ hatte die FDP formuliert und das „Aus“ für die Medien GmbH zum Anlass der Aktuellen Stunde am 1. Oktober genommen.

Dr. Stefan Grüll (FDP) wählte scharfe Worte für das Scheitern der Medien GmbH und forderte: „Holen Sie endlich die Akteure der Medienpolitik an einen Tisch!“ Es sei eine Schande, wie mit den Einrichtungen, die eigentlich Projektmittel einwerben sollten, und deren Beschäftigten umgegangen werde. Der Ministerpräsident marschiere mit Brachialgewalt durch das Land, anstatt mit allen Fraktionen im Landtag einen Masterplan für die Medienpolitik zu entwickeln.

Claudia Nell-Paul (SPD) vermisste Vorstellungen der Opposition, wohin die Reise gehen solle. NRW boome als Medienland und sei vorn bei Film- und Fernsehproduktionen. „Da blickt doch keiner mehr durch“, sagte sie nach Aufzählung von Gremien mit Medienkompetenz und sprach sich dafür aus, jetzt alles auf den Prüfstand zu stellen.

Lothar Hegemann (CDU) erwiderte, das Bündeln aller Aktivitäten sei Aufgabe der Medien GmbH gewesen, sei aber von den Ressorts abgelehnt worden. Clement habe Leuchttürme geschaffen, Steinbrück knipse sie aus. Dringend müsse jetzt geklärt werden, wo die Arbeit der Medien GmbH künftig gemacht werde.

Oliver Keymis (GRÜNE) sah die Realität positiv und hielt nichts vom Schlechtreden des Medienstandorts NRW.

## Schlagabtausch der Fachpolitiker

### Im Medienland Nummer Eins hängt der Haussegen schief

Staatskanzleiminister Wolfram Kuschke (SPD) zählte erfolgreiche Filme aus NRW auf und notierte hohe Zahlen bei Beschäftigten und Umsatz in der NRW-Medienwirtschaft. Trotz eines Einbruchs im Jahr 2001 sei NRW immer noch die Nummer Eins. Die Haushaltslage erfordere jetzt, vieles zusammenzuführen.

Werner Jostmeier (CDU) kritisierte, unter Amtsvorgänger Clement seien Millionen Steuer-gelder „versenkt“ worden für Medienprojekte, und dem Medienausschuss habe die Regierung die Aussprache über die Zukunft verweigert.

Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) hielt die Angriffe der Opposition für selbstzerstörerisch und schädlich. Das gehe zu weit. Es sei nicht alles geglückt, was Clement angestoßen habe. Aber Köln sei der wichtigste deutsche Medienstandort. Und Medienstaatssekretärin Meckel habe die Rückabwicklung der Medien GmbH erfolgreich eingeleitet. Ein Teil der Aufgaben der Medien GmbH werde in die Staatskanzlei zurückverlagert.

Marc Jan Eumann (SPD) sah Berlin als drohende Konkurrenz und die Haushaltslage als

Auslöser für Einsparungen an. Er zählte starke Programmveranstalter, wunderbare Filme, für die es Rückzahlungen gebe, die meisten Radiosender und die Vorreiterrolle bei der Digitalisierung als Pluspunkte des Landes auf.

Dr. Stefan Grüll (FDP) bedauerte, dass die vielen früheren FDP-Initiativen für das Vorankommen abgelehnt worden seien und wiederholte, die hohe Zahl von Insolvenzen beweise, dass es der Medienwirtschaft nicht gut gehe. Gespart werden solle, aber mit Konzept und Verstand.

Oliver Keymis (GRÜNE) wies den Vorwurf der Konzeptlosigkeit zurück.

Lothar Hegemann (CDU) erinnerte daran, dass Rundfunkstandorte nicht vom Land festgelegt und die privaten Sender früher von der SPD verteuft worden seien.

Staatskanzleiminister Kuschke (SPD) forderte die Opposition zu einer seriösen Debatte auf und stellte fest, NRW sei in der Medienwirtschaft und bei Telekommunikation der bedeutendste Standort in Deutschland.



**Deutsch-Schweizer Gipfel im Landtag:** Der neue Generalkonsul der Schweiz in Düsseldorf, Werner Ballmer (l.) ist kurze Zeit nach seinem Amtsantritt von Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) empfangen worden. Bei dieser Gelegenheit trug sich Ballmer, der aus der Nähe von Basel stammt und schon mehrere internationale Berufsstationen hinter sich hat, ins Gästebuch des Landtags ein. Mit dem Präsidenten sprach der Generalkonsul über die Intensivierung der Beziehungen zwischen der Schweiz und NRW und über die Rolle Deutschlands als wichtigster Handelspartner des südlichen Nachbarstaats.

Foto: Schälte

Finanzminister Jochen Dieckmann (SPD) sagte: „Die extrem angespannte Haushaltslage auch unseres Landes, im Wesentlichen veranlasst durch den gravierenden Einbruch bei den Steuereinnahmen, erfordert unverzügliche Gegenmaßnahmen. Da kann auf einen Beitrag der Beamtinnen und Beamten angesichts der

Günter Garbrecht (SPD) stellte fest: „Diese Einschnitte sind schmerzhaft, aber unvermeidlich.“ Für die Haushaltsentscheidung der Koalition sei Sparen der falsche Ausdruck, es gehe ganz einfach darum: „Wir können Geld, das wir nicht haben, nicht ausgeben.“ Mit dieser Botschaft werde man noch an viele Menschen

zu seinem Kurs, „völligen Unsinn“. Die CDU dagegen schlage Fairness bei Einsparungen vor, etwa durch Reform der Verwaltungsstrukturen und Abbau des Schuldenbergs. Der hohe Personalkostenanteil liege daran, dass Rot-Grün eine zukunftsfeindliche Einstellungspolitik betrieben, die Konsolidierung unterlassen und die Aufgabenkritik vernachlässigt habe.

## Drinnen Spardebatte – draußen Pfeifkonzert Regierung legt Gesetzentwurf zur Besoldungskürzung vor

*Draußen, außerhalb der Bannmeile lautstarker Protest von 30.000 demonstrierenden Landesbeamten, drinnen im Plenum berieten die Abgeordneten in erster Lesung den Gesetzentwurf (Drs. 13/4313), mit dem die Landesregierung noch in diesem Jahr das Weihnachtsgeld für Beamte und Pensionäre kürzen und im Jahr darauf das Urlaubsgeld vollständig abschaffen möchte. Der Finanzminister räumte ein, die Eingriffe seien schwer vermittelbar und schmerzhaft; angesichts der Finanzlage des Landes aber unvermeidlich. Die Koalition stimmte dem zu. Die CDU plädierte für Fairness bei Einsparungen im öffentlichen Dienst. Die Liberalen („Keine Ungleichbehandlung im öffentlichen Dienst“, Drs. 13/4328) bezeichneten die Maßnahmen als ungerecht, so lange sie sich nicht auf alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst, Beamte wie Angestellte und Arbeiter, erstreckten.*

Größenordnung, die die Personalkosten mit mehr als 41 Prozent der Gesamtausgaben im Landeshaushalt ausmachen, nicht verzichtet werden.“ Das sei kein Sonderopfer, betonte er und verwies darauf, dass man die Tarifverträge, in denen die entsprechenden Zahlungen an die Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst geregelt werden, inzwischen gekündigt habe. Die beabsichtigte Regelung dieses „Sonderzahlungsgesetzes“ würde auf drei Jahre befristet.

Dr. Ingo Wolf, FDP-Fraktionsvorsitzender, bekannte: „Wir Liberalen als Rechtsstaatspartei kämpfen gegen einseitige Abzocke beim Personal.“ Unter weidlicher Ausnutzung gern geschürter Vorurteile gegen Beamte – das sei „perfide“ – werde nur bei der Hälfte der Landes- und Kommunalbediensteten das Urlaubsgeld gestrichen und das Weihnachtsgeld auf 50 bzw. 60 Prozent gekürzt. Das sei nicht gerecht, vor allem wenn man an die beabsichtigte Ausweitung auf den Angestelltenbereich denke. „Sie glauben doch wohl nicht“, wandte sich Wolf an den Ministerpräsidenten, „dass Sie das, was Sie bei den Beamten angeblich nur vorgezogen haben, hinterher gegen die Müllwerker durchsetzen können.“

herantreten müssen, die in den unterschiedlichsten Arbeitsfeldern mit Landesmitteln ihre Arbeit gestaltet haben. Er verwies darauf, dass durch die prozentualen Abstufungen die höheren Besoldungsgruppen automatisch stärker belastet würden. „Dass auch der tariflich gebundene Bereich seinen Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts leisten soll und muss, ist wünschenswert und wird von der SPD-Fraktion auch so gesehen“, meinte Garbrecht.

Manfred Palmen (CDU) argumentierte, das Land habe 20 Jahre über seine Verhältnisse gelebt und zu keinem Zeitpunkt wirklich gespart. Fast 22 Prozent des angepeilten Einsparbetrags von zwei Milliarden Euro seien durch die Beamten des Landes in diesem und in den kommenden drei Jahren zu erbringen, rechnete der Abgeordnete vor und nannte die Behauptung des Ministerpräsidenten, es gebe keine Alternative

Edith Müller (GRÜNE) meinte zum Vorwurf mangelnder Gerechtigkeit: Die sei durch Einzelmaßnahmen nicht herzustellen, denn das Problem sei strukturell bedingt. So lange es keine grundlegende Reform des öffentlichen



Ihrem Unmut machten die Demonstranten vor dem Parlament auf vielfältige Weise Luft. Foto: Schälte

Dienstes und ein einheitliches Dienstrecht für Beamte und Angestellte gebe, sei eine echte Gleichbehandlung nicht erreichbar. Die Belastungen im Landeshaushalt träfen nicht nur das Personal: „Wenn ich mir überlege, was wir in den Bereichen Kultur, Sport, Verbraucherschutz usw. kürzen müssen, dann kann ich nur sagen: Der Anteil der Kürzungen im Personalbereich namentlich durch diese, aber auch durch andere Maßnahmen, ist aus meiner Sicht moderat.“

## Landtage wollen bei der Reform mitbestimmen können

### „Die gewählten Parlamente der Länder gehören nicht an den Katzentisch“

*Alle vier Fraktionen im Landtag wollen, dass die Bundesländer bei der Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung angemessen beteiligt werden. Das sei bisher bei der Zusammensetzung der entsprechenden Kommission nicht der Fall. Es gehe nicht an, so die Fraktionen in ihrem gemeinsamen Antrag (Drs. 13/4324), dass die Länder lediglich über ihre Regierungen, nicht aber über ihre Parlamentarierinnen und Parlamentarier vertreten sind. Der in Deutschland historisch gewachsene und bewährte Föderalismus bedürfe der Reform und der Fortentwicklung, dazu müssten aber Bundestag und Länderparlamente als direkt gewählte Organe zusammen die Mehrheit in der Bund-Länder-Reformkommission stellen.*

Dorothee Danner (SPD) meinte, es sei zwar Allgemeinut, dass die Landtage wieder eine stärkere Bedeutung haben sollten und die Vorrangposition des Bundes im Gesetzgebungsbereich zurückgefahren werden sollte. Was die gleichberechtigte Teilhabe der Landtage als Verfassungsorgan angehe, so sei hier aber das Verständnis sehr gering. So sollten die Parlamentarier der Länder in den Kommissionen nur ein Beratungs- und Antragsrecht, aber kein Stimmrecht haben. Angesichts der Notwendigkeit, dass die eine angemessene Vertretung der Landesparlamente sachgerecht und politisch selbstverständlich sein sollte, sei dies schon befremdlich.

Werner Jostmeier (CDU) warf ein, man hätte sich früher dafür einsetzen sollen, dass der parlamentarische Teil des Bundestags und der Landtage zumindest durch das Stimmrecht der

zwei Landtagspräsidenten eine Mehrheit in dieser Kommission haben sollte. Schon bei der Bildung der Kommission hätte man Druck machen müssen. Der versäumten Gelegenheit jetzt nachzuweinen, heiße Krokodilstränen vergießen. Der Abgeordnete schlug zum weiteren Vorgehen vor, dass man sich auf Länderebene auf eine gemeinsame Haltung in der Steuerfrage einigen könnte, die auf das Grundgesetz von 1949 zurückgeht: Die indirekten Steuern bleiben beim Bund, die direkten fließen den Ländern zu. Hier gehe es noch quer durch alle Fraktionen.

Marianne Thomann-Stahl (FDP) forderte, in der Debatte über die Modernisierung des Föderalismus gehörten die Landesparlamente nicht an den Katzentisch, „sondern als Träger direkter demokratischer Legitimität gleichberechtigt neben die Bundesregierung, den

Bundestag und die Landesregierungen“. Die Landtage müssten mitreden können, wenn es um die Wahrung der verfassungsrechtlich verbrieften Rechte gehe. Die FDP sei darüber hinaus der Meinung, dass die Kommunen in der Kommission stimmberechtigt sein müssten, denn wenn es zu einer Neuordnung der föderalen Ordnung komme, seien davon alle Ebenen betroffen: Bund, Länder und Gemeinden.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE), Fraktionsvorsitzende, erklärte, es seien die „Großen in Berlin“, die eine Beteiligung der Landesparlamente in der gebotenen Form verhinderten. Daneben sollte man sich auch Gedanken darüber machen, „wie wir die Bevölkerung in diese Diskussion einbeziehen“. Eine breite öffentliche Debatte habe sich schon beim europäischen Konvent bewährt. Die Debatte müsse erfolgen – unabhängig von der Zusammensetzung der Kommission –, damit die Menschen die Entscheidungen verstünden und Politik als transparent und demokratisch erlebten.

Staatskanzleiminister Wolfram Kuschke (SPD) sagte für die Landesregierung, sie, die Regierung, begleite diese Debatte „mit Respekt und dem Willen einer möglichen Umsetzung“. Man sei der Auffassung, die bisherige Entwicklung der Gesetzgebung von Bund und Ländern, durch die die Landesparlamente zu Verlierern geworden seien, müsse umgekehrt werden. Der Minister wies auf den, wie er sagte, eindeutigen Zusammenhang hin, wenn die Länderparlamente gestärkt würden, dann würden auch die Landesregierungen gestärkt. Umgekehrt gelte das auch. Kuschke: „Für uns ist klar, dass die Landesparlamente an diesem politischen Diskussionsprozess beteiligt werden müssen.“



**Münster soll Sitz der künftigen Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen sein** – 20.000 Unterschriften mit diesem Votum überbrachte die Spitze des Westfälisch-Lippischen Landfrauenverbandes – Präsidentin Elsbeth Bernsmann (3.v.l.) und Gerti Engels, 1. Vizepräsidentin (3.v.r.) – dem Landtag. Sauber aufgereiht auf einer Wäscheleine nahmen die Vorsitzende des Landwirtschaftsausschusses, Marie-Luise Fasse (CDU, 4.v.l.), sowie die Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen Eckhard Uhlenberg (CDU, l.), Reiner Priggen (GRÜNE, 2.v.l.), Irmgard Schmid (SPD, 2.v.r.) und Felix Becker (FDP, r.) die Listen entgegen, um sie an Ministerpräsident Peer Steinbrück weiter zu leiten. – Bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung (Drs. 13/4200 und 13/4296) zur Fusion der Kammern im Rheinland und Westfalen im Landtag, hatte zuvor Ministerin Höhn (GRÜNE) erklärt, der Sitz der künftigen Kammer werde im Gesetz nicht festgelegt; darüber werde noch zu reden sein. Irmgard Schmid (SPD) berichtete von ihrer Befürchtung, in der Standortfrage könnte zwischen Rheinländern und Westfalen

der „Krieg“ ausbrechen. Letztlich habe aber die Vernunft gesiegt. Für die CDU betonte Eckhard Uhlenberg die Wichtigkeit einer leistungsfähigen Agrarverwaltung. Seine Fraktion sei für das Zwei-Standorte-Modell, das sei günstiger als die Standortwahl in einer Großstadt oder im Ruhrgebiet. Felix Becker (FDP) fand die Fokussierung am Gesetzentwurf auf den Ökolandbau etwas störend. Das sei eine Produktionsmethode, Umweltleistungen seien auch im konventionellen Landbau zu erreichen. Die Kammer sollte ihre Aufgaben sachgerecht und nicht politisch motiviert wahrnehmen können. Reiner Priggen (GRÜNE) betonte, auch seine Fraktion sei wie die anderen damit einverstanden, dass zum Gesetz eine Anhörung im Landwirtschaftsausschuss stattfinden wird.

Foto: Schälte

VON DOROTHEE DANNER (SPD)

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen können stolz auf den Beitrag sein, den sie beim Aufbau der ostdeutschen Länder geleistet haben. Sie können stolz sein auf ihren Beitrag, der half, annähernd gleiche Lebensverhältnisse in nur 13 Jahren zu schaffen. Sie können stolz sein auf ihren Beitrag beim Aufbau demokratischer, rechtsstaatlicher Strukturen.

Verwaltungsfachleute, Richter und Staatsanwälte, Polizeibeamte, sie alle haben wertvolle und auch hochwillkommene Aufbauhilfe geleistet, vor allem in unserem Partnerland Brandenburg. Aber nicht nur sie. Es gab ein beispielloses Engagement von Bürgerinitiativen, von Hilfsorganisationen, von Verbänden und Vereinen. Die im Landtag vertretenen Parteien haben im Rahmen ihrer Möglichkeiten beim Aufbau einer demokratisch gestifteten Parteienlandschaft geholfen.

All das sagt viel mehr – und ist auch viel mehr wert – als die nüchterne Zahl, dass Nordrhein-Westfalen von 1995 bis 2001 mit mehr als neun Milliarden Euro rund 23 Prozent aller Zuweisungen an die neuen Länder und Berlin geleistet hat. Diese Zahl ist ein Dokument der Wirtschaftskraft unseres Landes. Sie dokumentiert aber auch, dass unser Land für die Deutsche Einheit mehr geleistet hat, als das Wort Solidarität gemeinhin bedeutet.

Wir in Nordrhein-Westfalen können aus eigener Erfahrung sehr gut beurteilen, welche Probleme und Chancen ein umfassender Strukturwandel mit sich bringt. Nichts geht von heute auf morgen. Deshalb wissen wir, dass 13 Jahre nach der Wiedervereinigung vieles noch zu leisten ist und vieles schon erreicht wurde. Wenn wir schließlich nicht mehr nach Ost und West unterscheiden, dann ist auch die Mauer in den Köpfen wirklich gefallen.



Seit dem Ende der 60er Jahre nahm die deutsche Frage der Wiedervereinigung im nordrhein-westfälischen Landtag einen immer geringeren Stellenwert ein. Sie wurde im Zuge der Brandtschen Ostpolitik verdrängt. Es war kein Ruhmesblatt der SPD-Landesregierung, den Volksaufstand in der DDR vom 17. Juni 1953 aus dem schulischen Unterricht zu verdrängen und die finanzielle Beteiligung an der Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter, die in der DDR begangene politische Verfolgungstaten registrierte, 1988 einzustellen.

Entgegen aller Erwartungen, die deutsche Wiedervereinigung sei erledigt, wurde sie am 3. Oktober 1990 Wirklichkeit. Demonstrativ begrüßte der Landtag in der Sitzung vom 4. Oktober 1990 das gewendete deutsche Schicksal.

Unser Land leistete ab 1990 als Partner von Brandenburg einen wesentlichen Beitrag beim Aufbau einer demokratischen Verwaltung und unabhängigen Rechtspflege. Mehr als 4.000 Menschen arbeiteten jahrelang im Land an Elbe, Havel und Oder, schafften Vertrauen in die demokratische, rechtsstaatliche und freiheitliche Ordnung. NRW unterstützte den Aufbau des Brandenburgischen Landesparlaments. Neben dem finanziellen Einsatz war es die menschliche Leistung, die Ost-West-Spannungen abbauen half. Die Parteien wirkten bei der Entwicklung demokratischer Strukturen in Staat

und Gesellschaft mit. Der Weg von der Diktatur in die Demokratie wurde erfolgreich eingeschlagen.



VON MARIANNE THOMANN-STAHN (FDP)

VON PROF. THOMAS ROMMELSPACHER (GRÜNE)

Am 3. Oktober 1990 endete nach fast vierzigjähriger politischer und wirtschaftlicher Trennung die Teilung Deutschlands. Mit der wiedergewonnenen äußeren Einheit war die innere Einheit allerdings noch nicht wieder hergestellt. Für die zwei Teile Deutschlands begann der schwierige Weg des Zusammenwachsens. Alle Fraktionen im Landtag waren sich ihrer Verantwortung bewusst und zahlreiche Abgeordnete haben sich auf vielerlei Weise persönlich an der Umsetzung der deutschen Einheit beteiligt. Das Land Nordrhein-Westfalen hat sich vorrangig durch seine Partnerschaft mit dem Land Brandenburg für das Zusammenwachsen von Ost und West stark gemacht. Wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Transfer sind eine wichtige Zukunftsinvestition nicht nur für Deutschland, sondern auch für NRW. Die Probleme, mit denen die neuen Länder zu kämpfen haben, dürfen nicht den Blick auf erzielte Erfolge versperren. Die Investitionen in die Verkehrs-, Versorgungs- und Kommunikationsinfrastruktur, in Städtebau und Kultur werden Früchte tragen, sobald die wirtschaftliche Schwäche der Bundesrepublik überwunden ist. Dieses Ziel eint ehemals Ost und West. Wir können es auch nur gemeinsam erreichen. Der 3. Oktober ist kein Tag der „Denkmalpflege“, sondern eine glückliche Wendung der deutschen Geschichte, die uns auf eine friedliche europäische Zukunft verpflichtet.



und, Länder und Kommunen im Westen haben den Aufbau der Städte im Osten gerne unterstützt. Das war nötig, weil die in einem schlimmen Zustand waren. Dieser Kraftakt erbrachte fast 5 Milliarden Euro. In den 13 Jahren der Einheit floss mehr Geld in den Osten, als in den 32 Jahren, in denen Städtebauförderung praktiziert wird, in den Westen. 2003 waren das im Osten 23 Euro pro Kopf, im Westen 1,80 Euro.

Nun hat sich die Lage im Westen geändert. Im Ruhrgebiet, an der Saar, der Küste und anderswo geraten Städte in Schieflage: Einnahmen brechen weg, und es wachsen Quartiere, in denen Bausubstanz sowie Infrastruktur verfallen, und der Anteil Benachteiligter wächst. Hier entsteht ein bedrohliches Missverhältnis: Diese Städte reagieren kaum noch auf Probleme, und vom Anpacken von Zukunftsaufgaben, etwa der Vorbereitung auf das Altern der Gesellschaft, kann keine Rede sein.

Das bringt die Stadtspitzen in Bedrängnis: Sie müssen den Bürgern erklären, warum sie in den Fonds Deutsche Einheit einzahlen, während Schulen verfallen und soziale Projekte dicht machen. So ist es kein Theaterdonner, wenn die Oberbürgermeister von Gelsenkirchen und Oberhausen laut über zivilen Ungehorsam nachdenken. Etwa indem sie sich weigern, den Solidarbeitrag Ost zu überweisen.

Wir brauchen eine Bilanz der 13 Jahre Sonderförderung für die Städte im Osten und eine Neujustierung, die die Probleme im Westen berücksichtigt. Eine Fortschreibung, die die Sonderförderung Ost zum Gewohnheitsrecht macht, darf es nicht geben.



# Mittel zwischen Ost und West gerechter verteilen

## Koalition: Keine Neiddebatte – Opposition: Aber ein Ablenkungsmanöver

„Städte im Westen wieder stärker fördern – der Bund wird seine gesamtstaatliche Verantwortung wahrnehmen!“ – Über dieses Thema debattierte der Landtag auf Antrag von SPD und GRÜNEN am 24. September in einer Aktuellen Stunde.



Dieter Hilser (SPD)

Dieter Hilser (SPD) bemängelte, dass den neuen Bundesländern, in denen 20 Prozent der Deutschen lebten, 80 Prozent der Städtebaufördermittel fließen. Das sei in den zurückliegenden 13 Jahren richtig gewesen, „aber im 14. Jahr

nach der Wiedervereinigung ist es an der Zeit, wieder zu einer gerechteren Verteilung der Städtebaufördermittel zu kommen.“ Während es für den Stadtumbau Ost eine Vielzahl von Förderungsmöglichkeiten und Förderangeboten gebe, bestehe der Stadtumbau West nur in wenigen Modellmaßnahmen des experimentellen Wohnungs- und Städtebaus. Das müsse sich ändern: „Wir verlangen eine Förderung nach Bedarfslagen, nicht aber nach Himmelsrichtungen.“ Im Westen gebe es nicht nur Wachstumsregionen, sondern auch strukturschwache Räume. Hilser meinte, dass der bisherige Hinweis der Bundesregierung auf vordringliche Aufgaben in den neuen Bundesländern von den alten Industrieregionen und ihren Bewohnern nicht länger akzeptiert werde.

Dr. Thomas Rommelspacher (GRÜNE) hatte kein Verständnis dafür, dass angesichts der „Problemkumulation“ Städte wie Oberhausen, Gelsenkirchen und Herne, „in denen nahezu flächendeckend öffentliche und private Armut herrscht“, derzeit immer noch in den Fonds Deutsche Einheit einzahlen müssten, „während gleichzeitig den Menschen dort die öffentliche Infrastruktur wegge-

nommen wird.“ Dort in den Kommunen denke man über „zivilen Ungehorsam“ nach – das sei mehr als nur Theaterdonner, betonte der Sprecher. Es gehe auch um den ganz normalen Stadtumbau, den man vornehmen müsse, um die Lebensqualität und -produktivität in NRW hoch zu halten. Wenn die Städte und das Land ihren Solidarbeitrag im ersten Jahrzehnt gern geleistet hätten, dann „verlangen wir jetzt aber eine Debatte darüber, was das gebracht hat“.

Bernd Schulte (CDU) wertete die Aktuelle Stunde als Beweis, dass Rot-Grün „kein Thema zu perfide ist, um von der katastrophalen Haushalts- und Finanzlage der Städte in Nordrhein-Westfalen abzulenken, deren Ursache Ihre verfassungswidrige Haushaltspolitik, Ihre wachstumshemmende Wirtschaftspolitik und



Bernd Schulte (CDU)

Ihre Zustimmung im Bundesrat zur Steuerreform des Jahres 2000 sind“. Der Sprecher wies angesichts der Forderung nach einer Neuverteilung der Mittel auf die Rechtslage hin, den Solidarpakt II, den der Bundesrat beschlossen habe und der den neuen Ländern bis 2019 rund 156 Milliarden Euro zusichere.



Dr. Thomas Rommelspacher (GRÜNE)

Dr. Michael Vesper (GRÜNE)

Fotos: Schälte

Beim Städtebau gingen nach diesem Vertrag 413 in die neuen und 152 Milliarden Euro in die alten Länder, davon 27 Prozent der Mittel an NRW. Warum haben grüne Städtebauminister die Verwaltungsvereinbarung unterschrieben? „Sie haben erst Tatsachen geschaffen, um diese dann lautstark zu beklagen. Das ist nicht der richtige Umgang mit dem Parlament.“

Karl Peter Brendel (FDP) erinnerte daran, dass die Mittel für die Städtebauförderungen nicht isoliert zu sehen sind, sondern Bestandteil von Vereinbarungen zwischen den Bundesländern – denen auch NRW zugestimmt habe – darstellen. Wenn in dem rot-grünen Antrag stehe, die Mittel des Bundes würden erheblich aufgestockt, dann suggeriere das ein Mehr für NRW: Das sei aber eine punktuelle Betrachtungsweise, rügte Brendel, der darauf hinwies, dass es zu einer Umverteilung der Mittel komme, „weil andere Mittel gestrichen werden“, etwa die Eigenheimzulage. Sein Eindruck sei, dass diese Diskussion davon ablenken solle, „dass die Mittel im Landeshaushalt im Ergebnis nicht aufgestockt, sondern in diesem Bereich drastisch gekürzt werden und dann nicht mehr zur Verfügung stehen“. Der Abgeordnete machte dabei die negativen Auswirkungen auf die Bauindustrie deutlich. Er fragte auch nach der Wirkung der bisher im Lande eingesetzten Mittel: In die Städte, die jetzt im Fokus stünden, seien in den letzten Jahren schon erhebliche Gelder geflossen – „war dieser Mitteleinsatz wirklich so effektiv, wie er dargestellt wurde?“



Karl Peter Brendel (FDP)

Städtebauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) betonte, es gehe um keine Neiddebatte und auch nicht darum, die vorbildliche Solidarität der letzten Jahre aufzukündigen. Die werde weiter geleistet, aber dürfe in Zeiten knapper Kassen „nicht zur teuren Routine werden“. Man müsse sich mit den Inhalten der „Sonderförderung Ost“ beschäftigen. Da sei festzustellen, dass hierzulande nicht mehr dieselben Finanzspielräume wie früher vorhanden seien.

Außerdem hätten sich angesichts der „über ein Jahrzehnt dauernden Unterversorgung mit Städtebauförderungsmitteln“ die Probleme in NRW verschärft und – so Vesper wörtlich: „Auch die Sonderprogramme, die in Richtung Osten gehen, müssen sich einer regelmäßigen Evaluation stellen.“

## „Wir haben Geschichte miterlebt“ 13 Jahre deutsche Einheit: Die Fraktionschefs stehen Rede und Antwort

Am 3. Oktober jährt sich der Tag der Deutschen Einheit zum dreizehnten Mal. Deutschland gedenkt der Wiedervereinigung, die mit dem Beitritt der ehemaligen DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 formal abgeschlossen wurde. Der Traum von einer schnellen Angleichung von Ost und West ist in einigen Bereichen bis heute nur ein Traum geblieben. Über die bisherigen Erfolge, Versäumnisse beim Einigungsprozess und über die Rolle, die das Land NRW dabei spielt, sprach Landtag intern mit den vier Fraktionsvorsitzenden, Edgar Moron (SPD), Dr. Jürgen Rüttgers (CDU), Dr. Ingo Wolf (FDP) und Sylvia Löhrmann (GRÜNE).



Dr. Ingo Wolf (FDP)

Fotos: Schälte

### Wie haben Sie persönlich vor 13 Jahren den Fall der Mauer erlebt?

**Moron:** Das war für mich ein sehr bewegendes Ereignis. Ich habe, wie viele andere auch, bis spät in die Nacht am Fernseher gesessen und war emotional tief berührt. Die Bilder haben sich in mein Gedächtnis eingepägt. Noch heute spüre ich die Mischung aus Freude und Erleichterung bei den Menschen, die nach 40 Jahren DDR ihre Freiheit mit friedlichen Mitteln erkämpft hatten. Wer, wie ich, mehrere Jahre an der Berliner Mauer gelebt hat, der weiß sehr genau, was das bedeutet. Wenn ich heute manche Diskussion höre, habe ich mitunter den Eindruck, dass wir vergessen haben, welches historische Glück die Deutsche Einheit ist. Der Fall der Mauer, der Zusammenbruch des kommunistischen Systems, haben so vieles verändert. Wir leben seither in Europa ohne jede Bedrohung aus dem Osten. Das alte Feindbild gibt es nicht mehr. Wir haben neue politische und wirtschaftliche Systeme in den osteuropäischen Staaten und neue Beziehungen mit ihnen. Deutschland



Edgar Moron (SPD)

liegt plötzlich mitten in Europa. Selbstverständlich ist das nicht alles durch die deutsche Wiedervereinigung ausgelöst worden, aber es hängt alles auch mit dem Fall der Mauer zusammen. Wir haben gemeinsam eine große historische Zeitenwende erlebt.

**Dr. Rüttgers:** Ich saß im Plenarsaal des alten Wasserwerks in Bonn, als sich die Nachricht wie ein Lauffeuer verbreitete, dass in Berlin die Mauer geöffnet würde. Wie die anderen Bundestagskollegen habe auch ich das erst mal gar nicht fassen können. Wir haben sofort die Sitzung unterbrochen und uns an den Fernsehgeräten versammelt. Der Jubel, die Freudentränen der Menschen in Berlin – das war unglaublich bewegend. Diese Stimmung führte dazu, dass wir, als die Sitzung des Bundestags fortgesetzt wurde, unsere Nationalhymne gesungen haben. Es war eine historische Stunde, die ich nie vergessen werde.

**Dr. Wolf:** In Braunschweig und damit ca. 50 Kilometer von der „Zonengrenze“ entfernt geboren, war ich immer besonders froh, von der kommunistischen Herrschaft in der späteren DDR verschont geblieben zu sein. Als im November 1989 unter maßgeblicher Mitwirkung des liberalen Außenministers Hans-Dietrich Genscher die Mauer fiel, stand ich kurz vor dem Abschluss meines Promotionsverfahrens. Für mich persönlich waren es bewegende Fernsehbilder, als nach fast 30 Jahren menschenverachtender Freiheitsentziehung für über 16 Millionen Deutsche unsere mittel- und ostdeutschen Mitbürger die durch Mauer, Stacheldraht und Selbstschussanlagen abgeriegelte Grenze ungehindert

überqueren konnten. Auch wenn ich vorher nur die Beklemmungen eines Transitreisenden gespürt hatte, konnte ich unschwer erahnen, welches Freiheitsgefühl die Aufhebung der deutschen Teilung jenseits des eisernen Vorhangs ausgelöst hat. Die Wiedervereinigung war und ist für mich nach wie vor das „Großereignis“ in der politischen Geschichte Deutschlands nach 1945.

**Löhrmann:** Ich gestehe: Als frischgebackene junge Kommunalpolitikerin war ich an dem besagten Abend und in der Nacht voll und ganz mit der Bewältigung meiner 2. Ratssitzung beschäftigt. Die zog sich bis weit in die Nacht. Anders als heute im politischen Geschäft, wurden uns in die Sitzung keine aktuellen Informationen übermittelt. So erreichten mich die weltbewegenden Nachrichten erst zeitversetzt. Morgens dann in der Schule war der Fall der Mauer das TOP-Thema, auch für mich als Lehrerin: Zeit für spontanen und aktuellen Politik- und Geschichtsunterricht. Mich hat damals sehr positiv überrascht, wie interessiert alle Jugendlichen dieses Ereignis verfolgt haben, nach dem Motto: Wir erleben Geschichte mit.

**Hat NRW im wiedervereinten Deutschland an Bedeutung verloren? Welchen politischen Einfluss hat NRW nach dem Umzug des Bundes nach Berlin überhaupt noch?**

**Moron:** Es sind fünf neue Länder hinzugekommen. Das ist richtig. Aber ein Land wie Nordrhein-Westfalen, mit 18 Millionen Einwohnern, mit dieser Wirtschaftskraft, das verliert nicht an Bedeutung. Es wird leichthin

gesagt, die Wege zwischen Düsseldorf und Bonn seien kurz gewesen, aber Berlin sei weit weg. Ich habe bisher nicht feststellen können, dass der Gesprächsfaden zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Bund gerissen wäre. Ganz im Gegenteil: Der Chef der SPD-Bundestagsfraktion, Franz Müntefering, kommt aus Nordrhein-Westfalen, Wolfgang Clement, der Bundeswirtschaftsminister, genauso wie Sozialministerin Ulla Schmidt. Die NRW-Landesgruppe stellt die meisten SPD-Bundestagsabgeordneten. Wir haben sehr gute Leute in Berlin und einen sehr kurzen Draht zur Hauptstadt. Der Einfluss Nordrhein-Westfalens auf die Bundespolitik ist nicht geringer, sondern sogar stärker geworden. Das zeigt sich an aktuellen Beispielen, wie der Föderalismusdebatte. Unsere nordrhein-westfälischen Interessen vertreten wir sehr selbstbewusst, und auch erfolgreich, wie die aktuelle Diskussion um die Gemeindefinanzreform deutlich macht.

**Dr. Rüttgers:** Der politische Einfluss von Nordrhein-Westfalen ist gesunken. Und das liegt nicht allein daran, dass der Regierungssitz verlegt wurde, dass Berlin von Düsseldorf weiter entfernt ist als Bonn. Die Bundesrepublik hatte 40 Jahre lang elf Bundesländer, heute sind es sechzehn. Im Wettbewerb der Länder gibt es also mehr Mitspieler, und der Einfluss des Einzelnen ist eben geringer. Dagegen ist auch nichts einzuwenden, im Gegenteil: Das ist ja gerade das Wesen des Föderalismus.

Allerdings ist Nordrhein-Westfalen auch im wiedervereinten Deutschland das mit Abstand größte Bundesland. Aus dieser Größe eine Stärke zu machen und die Interessen unserer Bürger auf der Bundesebene kraftvoll zu vertreten: Das ist die Aufgabe der politischen Akteure.

**Dr. Wolf:** Die Wiedervereinigung ist zuallererst ein Gewinn für alle freiheitsliebenden Menschen. Die Frage nach Gewinnern und Verlierern hat naturgemäß einen teilenden Charakter und wird der historischen Bedeutung dieses Ereignisses nicht gerecht. Der Wechsel des Regierungssitzes nach Berlin ist nicht automatisch mit einem Bedeutungsverlust Nordrhein-Westfalens auf Bundesebene verbunden. Wichtig ist, dass NRW wieder Motor eines wirtschaftlich aufstrebenden Deutschlands wird. Zudem muss das größte

und einwohnerstärkste Land von einer klugen, politischen Führung wirkungsvoll in Berlin vertreten werden. Die jetzige Landesregierung lässt das eindeutig vermissen.

**Löhrmann:** Nein, natürlich nicht; zwar sind 16 Länder mehr als 11, aber NRW war, ist und bleibt das größte und wichtigste Bundesland in Deutschland! Wir haben außerdem Städtefreundschaften mit Kommunen in Ostdeutschland, und es gibt gute Kontakte in das Partnerland Brandenburg. Außerdem wird Europa auch für NRW immer wichtiger.

**Der Bund unterstützt den Aufbau des Ostens durch gezielte Förderung. Sind 13 Jahre nach dem Fall der Mauer diese Fördermittel des Bundes überhaupt noch notwendig?**

**Moron:** Es besteht kein Zweifel daran, dass bestimmte ostdeutsche Regionen weiterhin ganz spezielle Aufbauhilfen brauchen. Wir in Nordrhein-Westfalen sind auch bereit, unseren Teil dazu beizutragen, wie wir das in der Vergangenheit getan haben; auch weit über das normale Maß der Solidarität hinaus getan haben. Es darf aber nicht der Eindruck entstehen, als ob Hilfen von der Himmelsrichtung abhängig seien. Gezielte Förderprogramme müssen dort konzentriert werden, wo sie wirklich gebraucht werden. Das kann in Cottbus sein oder in Hoyerswerda, das kann genau so in Gelsenkirchen sein oder in Meschede. Es gibt nicht nur im Osten Regionen mit strukturellen Problemen. Die Bundesregierung weiß das, setzt Förderung, zum Beispiel des Städtebaus, auch differenziert ein. Wir sollten 13 Jahre nach der Wiedervereinigung weniger nach Ost und West unterscheiden, sondern uns darauf konzentrieren, Hilfen, die möglich sind, überall dort einzusetzen, wo sie nötig sind.

**Dr. Rüttgers:** Für mich bleibt es ein Gebot der Solidarität, dass wir den Deutschen, die ohne eigene Schuld 40 Jahre lang unter Diktatur und Mangelwirtschaft gelitten haben, beim Wiederaufbau helfen. Die von der rot-grünen Landesregierung angezettelte Neiddiskussion um die Ostförderung ist peinlich. Ich hätte es eigentlich nie für möglich gehalten, dass unser großes, starkes und stolzes Nordrhein-Westfalen einmal bei den Wirtschaftsdaten und der Finanzausstattung seiner Kommunen auf das Niveau derjenigen Länder abrutscht, die die Folgen von vier Jahrzehnten Sozialismus arbeiten. Dies darf auch nicht unser Vergleichs-

maßstab sein. Statt immer nur danach zu fahnden, wie sie anderen etwas wegnehmen kann, sollte die Landesregierung sich endlich selbst anstrengen und mit einer Politik für Wachstum und Beschäftigung unser eigenes Land voranbringen.

**Dr. Wolf:** Ja. Trotz aller Fortschritte und dynamischer Entwicklungen in einzelnen Regionen des Ostens bleibt ein Wachstumsgefälle West-Ost. Deswegen käme ein abruptes Ende der Förderung zu früh. Die Anpassung der Lebensverhältnisse bleibt für die FDP als erster gesamtdeutscher Partei Verfassungsauftrag und Herzensanliegen zugleich. Die bisherige Förderpraxis muss aber in Zukunft stärker auf die verbliebenen Schwachstellen konzentriert werden. Zur Vollendung der inneren Einheit Deutschlands gehört allerdings auch eine an wirtschaftlichen Kennzahlen orientierte Unterstützung strukturschwacher Regionen in den übrigen Teilen Deutschlands. Was wir Liberalen nicht wollen, ist eine an Klischees ausgerichtete Ost-West-Neiddebatte.

**Löhrmann:** Der Bund, die Länder und die Kommunen der alten Länder haben in den letzten 13 Jahren in den Fond Deutsche Einheit einbezahlt. Zusätzlich gab es noch Sonderabschreibungsprogramme, die milliarden-schwere Einnahmeverzichte für die öffentlichen Haushalte nach sich gezogen haben. Ich möchte klar betonen, dass diese Mittel für die Sanierung der Städte in den neuen Ländern unverzichtbar waren und auch von den Grünen immer getragen wurden. Ich halte es aber für gerechtfertigt, nach 13 Jahren nach den Ergebnissen zu fragen, und auf eine Neujustierung zu drängen, die den inzwischen auch im Westen vorhandenen Problemdruck berücksichtigt. Es ist den Bürgerinnen und Bürgern schwer zu vermitteln, dass marode Schulen nicht saniert oder Spielplätze geschlossen werden, aber andererseits die Kommune noch in den Fond Deutsche Einheit einzahlen muss. Wir müssen in absehbarer Zeit die Städtebauförderung am konkreten Problemdruck in den Städten orientieren und nicht an der Himmelsrichtung.



Dr. Jürgen Rüttgers (CDU)



Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

Die Gespräche führten Stephanie Hajdamowicz, Jürgen Knepper und Axel Bäumer.

## Neues Zeitalter beim Fernsehen steht vor der Tür

### Im kommenden Jahr können digitale TV-Programme über Antenne empfangen werden

*„Ich könnte keine Nacht ruhig schlafen, wenn Sie, Herr Abgeordneter, in ihrem Heimatwahlkreis Coesfeld das terrestrische Digitalfernsehen nicht empfangen könnten.“ Mit dieser scherzhaften Bemerkung antwortete in der Sitzung des Hauptausschusses (Vorsitzender Edgar Moron, SPD) Staatskanzleiminister Wolfram Kuschke (SPD) auf die besorgte Frage von Werner Jostmeier (CDU), ob denn mal wieder der ländliche Raum in die Röhre guckt, wenn zuerst in den Ballungsgebieten an Rhein und Ruhr die digitalen Fernsehbilder über Antenne (also nicht über Kabel oder via Satellit) in die häuslichen TV-Empfangsgeräte geschickt werden.*

In dieser Sitzung am 25. September gab die Landesregierung dem Ausschuss einen Sachstandsbericht zur Umstellung der terrestrischen Sendung von Fernsehen (DVB-T) und Rundfunk (DAB) von analog auf digital. Nach den bisherigen Planungen soll noch vor den Sommerferien des kommenden Jahres mit der Digitalisierung im Raum Köln/Bonn begonnen werden. Die Umstellung auf das digitale Fernsehen geschieht dabei nicht über Nacht, sondern in einer sechsmonatigen Phase werden die digitalen und analogen Programme parallel ausgestrahlt. Sechs Monate später wendet sich das Digitalfernsehen dem Raum Düsseldorf/Ruhrgebiet zu. Wegen der technischen Gegebenheiten werden die Fernsehsender in Dortmund zuletzt umgestellt.

#### START IN KÖLN/BONN

Die privaten Fernsehsender haben bereits erklärt, dass für sie ein Einstieg in die digitale Fernsehwelt nur dann erfolgen werde, wenn es zu keinen finanziellen Mehrbelastungen kommt. Der Landesanstalt für Medien stehen nach Kuschkes Worten sieben Millionen Euro zur Verfügung – das reicht aber nicht aus, um in der Startphase die Verbreitung der acht vorgesehenen privaten Programme zu fördern. Hier soll zusammen mit den norddeutschen Landesmedienanstalten ein Konzept entwickelt werden. In NRW wird der Start in den Umstellungsinseln Köln/Bonn und Düsseldorf/Ruhrgebiet mit 16 Programmen erfolgen, je zur Hälfte privat und öffentlich-rechtlich. Nach rund einem Jahr könnten weitere acht Programme folgen.

Schwieriger sieht die Lage beim Digital Radio (DAB) aus. Hier ist es dem deutschen Markt noch nicht gelungen, für eine weite Verbreitung von DAB-Empfängern zu sorgen. Der Verbraucher sieht offenbar nicht ein, wieso

er sich von einem guten Hörfunksystem wie UKW trennen soll; das erscheint ihm nicht nachvollziehbar. Beim Besuch der Internationalen Funkausstellung Anfang September in Berlin haben die Mitglieder des Hauptausschusses allerdings feststellen können, dass hier ein Wandel eintritt. Inzwischen sind oder kommen viele DAB-Empfänger auf den Markt, die auch vom Preis her attraktiv sind. In Berlin haben die privaten Veranstalter bereits Ende Februar die analogen Programme abgeschaltet, die öffentlich-rechtlichen folgten ihnen kurz vor der Funkausstellung, so dass in Berlin nur noch digitale Programme über Antenne empfangen werden können.

Die Umstellung auf digitales Fernsehen, das ist Ziel des Unterfangens, soll verbraucherfreundlich erfolgen. Wörtlich heißt es dazu im Bericht: „Hierzu werden Konzepte auszuarbeiten zu sein, die nicht nur investive Informationen der Haushalte, sondern auch sozialverträgliche Lösungen bei der Bereitstellung



von Empfangsboxen für sozialhilfeberechtigte Haushalte sicherstellen.“

Wie Staatskanzleiminister Kuschke dem Ausschuss des Weiteren mitteilte, werde es für Sozialhilfeempfänger beim Kauf einer Box für den digitalen Empfang mit analogen Fernsehgeräten „eine gewisse Erleichterung geben, um sie von der Nutzung dieser neuen medialen Form nicht auszuschließen“. Es solle sich, fügte Kuschke gleich mit an, auch keine Belastung der Kommunen ergeben. Derzeit lägen die Kosten für die Endgeräte bei rund 60 Euro, der Preis werde sich bei größeren Stückzahlen sicherlich noch nach unten bewegen.

Wenn mit den beiden Ballungsräumen rund zwölf von 18 Millionen Menschen in NRW an das digitale Netz angeschlossen seien, wie stehe es dann um Städte wie Paderborn oder Lippstadt, hakte Werner Jostmeier (CDU) nach. Der Minister betonte, es sei ein Phasenplan vorgesehen, der Städte wie Münster, Bielefeld oder Aachen einbeziehe. Die Konzentration auf Ballungsräume sei aus finanziellen Gründen richtig, schloss er seinen Bericht. 🗣️

# Neue Strategie bei der WestLB

## Konzept im Haushalts- und Finanzausschuss vorgestellt

Mitte 2005 verliert die WestLB AG die Gewährträgerhaftung. Das werde ein entscheidendes Jahr mit zum Teil dramatischen Entwicklungen, sagte Vorstandsvorsitzender Dr. Johannes Ringel, als er dem Haushalts- und Finanzausschuss (Vorsitz Volkmar Klein, CDU) am 25. September in Anwesenheit des Finanzministers und des Aufsichtsratsvorsitzenden die neue Geschäftsstrategie der WestLB-Aktiengesellschaft vortrug.

Das neue Drei-Säulen-Modell sei auf diesen Zeitpunkt ausgerichtet. Die Bank werde strengere Richtlinien beim Risikomanagement einführen und die Refinanzierungsstrategie ändern. Die Bilanzsumme werde schrumpfen. Das Kernkapital solle 7,2 Milliarden Euro betragen. Die Zahl der Mitarbeiter werde von 7.800 auf 6.200 verringert. In diesem Zusammenhang erwähnte er die drohende Herabstufung durch Ratingagenturen, „wenn wir das nicht schaffen“.

Zwar sei das Betriebsergebnis vor Risiko mit 480 Millionen Euro bis Juni 2003 besser als im Vorjahr. Doch erwarte er 2003 kein positives Ergebnis, da alle Risiken zu 100 Prozent wertberichtet in den Büchern enthalten seien. Für schwarze Zahlen im Jahr 2004 werde die Bank alles tun.

### RISIKEN

Die WestLB AG werde sich bei ihrer internationalen Ausrichtung von einem Drittel ihrer Kunden trennen. Sie werde ihr Geschäft in Amerika und Asien reduzieren und in Indonesien, Thailand und Indien nicht mehr präsent sein. „Wir hatten zu große Einzelrisiken“, sagte er und kündigte den Abschluss von weiteren Risikoversicherungen an.

Die WestLB AG werde sich ferner mehr in der Region und beim Mittelstand engagieren.

Schon bisher habe sie etwa 50 Prozent mittelständische Kunden (Umsatz ab 200 Millionen Euro). Die Sparkassen hätten diese Geschäfte verschlankt. Die WestLB AG könne von ihnen lernen, sagte Dr. Ringel. Es werde regional differenzierte Betreuung und ein neues Vertriebsmodell für mittlere Unternehmen geben. Auch wolle sich die Bank auf mittelgroße Finanzinstitute ausrichten und ihr Potenzial bei

Dr. Johannes Ringel von der WestLB (l.), Ausschussvorsitzender Volkmar Klein (CDU, m.) und Helmut Diegel (CDU, r.) diskutierten schon vor Beginn der Sitzung. Im Hintergrund: Gisela Walsken (SPD). Foto: Schälte



öffentlichen Kunden deutlich heben.

Als dritte Säule nannte Dr. Ringel die Sparkassen-Zentralbankfunktion. Die WestLB AG wolle den Sparkassen nichts wegnehmen. Für den „Kulturwechsel“ würden die Mitarbeiter geschult. Es wäre gut, wenn die Sparkassen ihre besten Leute für einen Per-

sonalaustausch zur Verfügung stellten und wenn über Wünsche der Zusammenarbeit Klarheit bestünde.

Nach dem Jahr 2005 solle es Gespräche mit den Eigentümern geben. Gisela Walsken (SPD) dankte für die Offenheit des Bankchefs und begrüßte die deutlich stärkere Kundenorientierung trotz tiefgreifender Umstrukturierung. Helmut Diegel (CDU) erkannte aus dem Vortrag ein ungeheures Problempotential und einen Drahtseilakt, bei dem nichts passieren dürfe. Er merkte an, die „richtige Richtung“ der neuen Strategie komme ziemlich spät. Manfred Palmen (CDU) bekundete Unbehagen über die derzeit zahlreichen Medienberichte und sorgte sich um weitere Risiken. Michael Breuer (CDU) fragte nach Belastungen durch niedrigere Ratings und nach weiterem Kapitalbedarf. Marianne Thomann-Stahl (FDP) interessierte sich für Auswirkungen der Abspaltung des Fördergeschäfts zur Landesbank. Hans-Willi Körfges (SPD) sprach das Sicherheitsbedürfnis der Sparkassen und das ge-

meinsame Interesse an einer starken Bank an. Dr. Stefan Grüll (FDP) fragte nach Alternativen für die Neuausrichtung der Strategie. Diese und weitere Fragen wurden in vertraulicher Sitzung beantwortet.

# Warten auf den Haushaltsentwurf

Am 12. November bringt Finanzminister Jochen Dieckmann den Entwurf für den Doppelhaushalt 2004/2005 im Landtag ein. Eckdaten teilte er der Öffentlichkeit nach der Verabschiedung des Kabinettsentwurfs mit.

Im Jahr 2004 sollen zwei und im Jahr 2005 drei Milliarden Euro eingespart werden, bei einem Gesamtvolumen von 48 bzw. 49 Milliarden Euro. Die größten Posten bei den Einsparungen 2004: 148 Millionen durch die 41-Stunden-Woche für Beamte, 106 Millionen

durch Verschieben der Gehaltszahlung vom 15. auf den 20. jeden Monats, 77 Millionen weniger Steinkohlebeihilfe.

Außer den Ausgaben für das Landespersonal werden allgemeine staatliche Leistungen gekürzt: 30 Millionen beim Schienenverkehr, 15 Millionen bei Sozialhilfe, 51 Millionen bei Sachkosten für Kindergärten. 20 Millionen Euro weniger sollen für Asylbewerber erstattet werden. Die Landesbetriebe sollen 17 Millionen einsparen.

143 Millionen Euro Einnahmen erhofft sich der Finanzminister aus dem neuen Wasserentnahmeentgelt und 2,6 Millionen aus BAFöG-Rückflüssen.

# Korruption bei fast allen Müllverbrennungsanlagen

## Ermittler wollen auf gesetzlicher Grundlage arbeiten

*Im Kampf gegen Korruption bei Müllverbrennungsanlagen in NRW konnte der Untersuchungstab bisher zahlreiche Erfolge vorweisen. Allerdings stießen die Ermittler immer wieder an die Grenzen ihrer Möglichkeiten, da Städte oder Betreiber einer Untersuchung ihrer Anlagen nicht zustimmten. „Das Prinzip der Freiwilligkeit kann auf Dauer nicht sinnvoll sein“, so der Leiter der „Task Force“, Oberstaatsanwalt Arno Neukirchen. „Wir brauchen eine solide gesetzliche Grundlage.“ Über die Ergebnisse des im Juni vorgelegten Abschlussberichts sowie über mögliche Konsequenzen diskutierten die Abgeordneten im Innenausschuss (Vorsitz Klaus Stallmann, CDU).*

Der im Mai 2002 für ein Jahr eingerichtete Untersuchungstab war dem Vorwurf von Korruptionsfällen beim Bau, Betrieb und Verkauf von Müllverbrennungsanlagen in NRW nachgegangen. „Unsere schlimmsten Befürchtungen sind leider wahr geworden“, sagte Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD). Bei nahezu allen überprüften Müllverbrennungsanlagen stellten die Ermittler Unregelmäßigkeiten fest – darunter in Weisweiler, Köln, Bonn, Iserlohn und Bielefeld. Trotz zahlreicher Ermittlungserfolge stieß das zwölfköpfige Team, das sich aus Staatsanwälten, Wirtschaftskriminologen, Steuerfahndern und Preisprüfern der Bezirksregierungen zusammensetzte, immer wieder an seine Grenzen.



Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD, l.) und Ausschussvorsitzender Klaus Stallmann (CDU) mit dem 200 Seiten starken Abschlussbericht der 'Task Force'. Foto: Schälte

### MÜLLVERBRENNUNG

Das Prinzip der Freiwilligkeit, auf das sich der Untersuchungstab bei seiner Arbeit stützte, führte dazu, dass eine Überprüfung in Krefeld, Oberhausen und Hamm gar nicht möglich war. Die Städte oder Betreibergesellschaften hatten sich in diesen Fällen geweigert, einer Untersuchung zuzustimmen. Im Abschlussbericht des Untersuchungstabs, der Landtag intern vorliegt, heißt es hierzu: „Die Idealvorstellung wäre eine unabhängige Institution, die auf einer abgesicherten rechtlichen Grundlage in die Lage versetzt wäre, stichprobenartig und ohne konkreten Verdacht bei kommunalen oder staatlichen Behörden oder kommunal bzw. staatlich beherrschten Gesellschaften, (...) Überprüfungen

auf korruptionsverdächtige Sachverhalte durchführen und solche gegebenenfalls zur Strafanzeige bringen zu können.“

Jürgen Jentsch (SPD) sprach sich dafür aus, möglichst schnell eine unabhängige Sondereinheit zur Bekämpfung von Korruptionsfällen einzurichten: „Wir können nicht länger mit dem Verdacht leben, dass in fast jeder Kommune bei Großobjekten das Patentum Einzug hält.“ Man brauche in diesen Fällen rechtskräftige Entscheidungen. Kein Verständnis habe er dafür, dass wenn ein Strafverdacht vorliegt, Kommunen mit dem Hinweis auf Datenschutzrechte eine solche Untersuchung ablehnen könnten. Auch Theo Kruse (CDU) befürwortete den Wunsch des Innenministeriums, künftig eine klare gesetzliche Grundlage für die Bekämpfung von Korruption

schaffen zu wollen. Dies sei in einem Rechtsstaat unbedingt erforderlich.

Handlungsbedarf sah zwar auch Horst Engel (FDP) gegeben, gleichzeitig mahnte er jedoch zu einem „sensiblen Umgang mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“. Er habe keinerlei Verständnis dafür, dass das Innenministerium den Abschlussbericht für jeden zugänglich im Internet veröffentlicht hat.

Die mangelnde Anonymisierung von Personen, gegen die ermittelt werde, sei „in einem Rechtsstaat unerträglich“.

(Ein Rechtsanwalt hatte dafür gesorgt, dass der Bericht aufgrund einstweiligen gerichtlichen Rechtsschutzes seiner Mandantschaft wenige Tage nach der Veröffentlichung auf der Homepage des Innenministeriums wieder herausgenommen wurde.) „Es darf keine Vorverurteilung geben, sondern es muss immer der Grundsatz der Unschuldsvermutung gelten“, so Engel weiter. Monika Düker (GRÜNE) widersprach ihrem Vorredner: „Ich würde das Fazit ziehen: Der Erfolg gibt der Arbeit der 'Task Force'

Recht.“ Die Strafprozessordnung reiche an einigen Stellen nicht aus, um die „Krake Korruption“ wirksam zu bekämpfen.

### ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG

Daher brauche man künftig Instrumente, wie die kürzlich eingerichtete Hotline, bei der Bürgerinnen und Bürger anonym ihren Verdacht äußern können.

„Was die Bemühungen betrifft, Korruption präventiv wie repressiv zu bekämpfen, befindet sich NRW an der Spitze der Bewegung in Deutschland“, resümierte Innenminister Dr. Behrens. Als Beispiel nannte er die eingerichtete Hotline sowie die bereits angelaufenen Vorbereitungen für ein Fachdezernat „Korruption und Umweltkriminalität“, das beim Landeskriminalamt in Düsseldorf eingerichtet werde.

Für den 9. Oktober ist im Innenausschuss zu diesem Thema eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen geplant. **ax**

Die drei geplanten Spielorte der Weltmeisterschaft in NRW: Gelsenkirchen, Dortmund, Köln

## Bericht der Landesregierung zur Fußball-Weltmeisterschaft 2006

# Überwachungskameras für alle Stadien

*Die Fußball-WM kommt 2006 nach Deutschland, und auch NRW ist dabei. Dortmund, Gelsenkirchen und Köln sind als Austragungsorte bestimmt. Doch bis mit dem ersten Anpfiff ein Spiel beginnen kann, müssen noch viele Vorkehrungen im Bereich der Infrastruktur und zu den Sicherheitsfragen des Landes getroffen werden. Über den aktuellen Stand der Vorbereitungen ließ sich der Sportausschuss unter Vorsitz von Gisela Hinnemann (CDU) berichten.*

Sportminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) berichtete, der Umbau der drei Stadien laufe bisher im geplanten Zeitrahmen ab. Die Kosten für die Baumaßnahmen im Kölner Stadion und dessen Umfeld betragen etwa 19 Millionen Euro, die durch die Vereine getragen werden. Das Westfalenstadion in Dortmund und die Arena AufSchalke sind bereits umgebaut und müssen kurz vor der WM nur noch auf die Sicherheitsvorkehrungen angepasst werden.

Folgender Sicherheitsablauf ist laut Vesper vorgesehen: Es wird ein „Nationales Sicherheitskonzept WM 2006“ von dem Bund-Länder-Ausschuss WM 2006 unter der Leitung des Bundesinnenministeriums entwickelt. Das Konzept wird mit dem Organisationskomitee der WM abgestimmt und an eine Sicherheitsarbeitsgruppe in Nordrhein-Westfalen weitergegeben. Diese Gruppe wird von dem NRW-Innenminister geleitet.

Schon jetzt steht fest: Jedes Stadion braucht nummerierte Einzelsitzplätze mit Rückenlehnen. Überwachungskameras werden in den Stadien installiert. Die Innenraumzäune müssen entfernt werden. Zum Schutz der Zuschauer werden von Ordnungsdiensten und der Polizei Personenkontrollen, die die meisten Zuschauer betreffen werden, durchgeführt. Pro Ordner werden fünfzig Zuschauer einkalkuliert. Bei 60.000 Zuschauern, die in Dortmund erwartet werden, würden demnach 1.200 Ordnungskräfte gebraucht. In Köln und auf Schalke werden an die 40.000 Menschen erwartet.

Die Einsatzzentralen von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten werden mit moderner Technik und EDV ausgestattet, um im Ernstfall schnell reagieren zu können.

In Dortmund wird ein Medienzentrum als Anlaufstelle für die nationale und internationale Presse eingerichtet, um von den Spielen in Gelsenkirchen, Köln, Dortmund sowie Hannover, Hamburg und Kaiserslautern berichten zu können.

### BESSERER NAHVERKEHR

Das Thema Verkehr behandelte Wilhelm Kolks aus dem Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung: In NRW sollen die Schienennetze und Straßen verbessert werden. Der ÖPNV soll im Rahmen der WM erweitert und zum Beispiel in den Städten Köln und Dortmund durch ein größeres Haltestellen- und Linienangebot realisiert werden.

In Gelsenkirchen soll neben dem normalen Linienverkehr ein Busshuttle zwischen dem Hauptbahnhof und dem Stadion eingesetzt werden. Selbstverständlich sollen die Busse und Bahnen auch weitestgehend behindertengerecht gemacht werden.

Darüber hinaus nannte Kolks den Ausbau der Hochgeschwindigkeitsstrecken zur Verbesserung der Verkehrswege. Die ICE-Trasse zwischen Köln und Frankfurt sei bereits fertig. Ein weiteres Projekt ist die Anbindung des Flughafen Köln-Bonn an das Schienennetz des Hochgeschwindigkeits- und Nahverkehrs, die bis 2004 erfolgen soll.

Bis 2006 soll ein Verkehrsinformationssystem aufgebaut werden, das über Tafeln die anreisenden Zuschauer zu freien Parkplätzen leitet und über den ÖPNV informiert. Die bereits bestehenden Verkehrsleitsysteme sollen für diesen Zweck aufgerüstet werden.

In der Aussprache bezeichnete Ingrid Pieper-von Heiden (FDP), die Autobahn-anbindung auf Schalke als bisher unzureichend. Der Ministeriumssprecher erklärte, dass es sich um ein Projekt im Umfang von rund 28 Millionen Euro handelt, das bis zur WM zum Abschluss gebracht werden soll. Der Sprecher der GRÜNE-Fraktion, Ewald Groth regte an, im Rahmenprogramm der WM die „Special Olympics“ nach NRW zu holen, um damit „die Atmosphäre in eine ganz bestimmte Richtung“ bringen zu können. Der Sportminister bedauerte: Diese Spiele fänden im Jahr 2007 statt; den Zuschlag für die Austragung habe bereits Shanghai erhalten. Herbert Reul (CDU) wollte wissen, ob zur Einschätzung der Stadiensicherheit Simulationsprogramme genutzt würden. Vesper berichtete, dass diese Frage noch nicht abschließend geklärt sei. ck

## Weitere Zechen müssen schließen

### Abgeordnete fragen nach Abbau-Alternativen für die deutsche Steinkohle

*Neun deutsche Steinkohlenbergwerke benötigen in den nächsten vier Jahren neue Rahmenbetriebspläne. Die derzeit gültigen Pläne haben eine Laufzeit bis 2019. Das erfuhr der Ausschuss für Grubensicherheit (Vorsitz Peter Budschun, SPD) beim Sachstandsbericht der Bezirksregierung Arnsberg am 26. September.*

Der Rahmenbetriebsplan für die Zeche Lohberg/Osterfeld (Dinslaken) sei seit wenigen Tagen rechtskräftig, teilte Abteilungsleiter Kirchner mit. Das Bergwerk wird allerdings, wie Sachverständiger Claus Peter Weber (Deutsche Steinkohle AG, DSK) bestätigte, früher geschlossen als im geplanten Jahr 2009. Nach der Vereinbarung mit der Bundesregierung von Mitte Juli, die gesamte Steinkohlen-Jahresförderung auf 16 Millionen Tonnen bis zum Jahr 2012 zu reduzieren, habe

der Aufsichtsrat die Stilllegung beschlossen. Als frühestmöglicher Termin hierfür komme der Jahresanfang 2006 infrage.

#### ENTSCHEIDUNG

Vor Mitte 2004 falle keine Entscheidung über weitere zwei bis drei Bergwerke, die bis 2012 stillgelegt werden müssten, sagte Markscheider Dr. Grün (DSK). Die DSK konzentrierte sich auf die besten Lagerstätten. Von den Abgeordneten nach Abbau-Alternativen gefragt, berichtete er von sehr verantwortungsvollen Überlegungen und vom Verzicht auf 40 Millionen Tonnen im sehr lukrativen Baufeld Prosper Haniel und auf 50 Millionen Tonnen beim Bergwerk West.

Kirchner berichtete von einem neuen Ver-

fahren bei Massenbeschwerden und Demonstrationen. Eine Doppelspitze (Jurist und Bergingenieur) führe ein Projektteam aus fünfzehn Leuten. Hinzu kämen externe Helfer. Beim Verfahren zum weiteren Abbau im Bergwerk West sei eigens eine sehr teure Leichtbauhalle errichtet worden. Die Bergbehörde könne allerdings nur Nebenaufgaben erteilen. Sie habe nicht das Recht, wegen öffentlicher Interessen eine Genehmigung zu versagen. Kirchner bat den Ausschuss um Unterstützung, falls die neuen kohlepolitischen Entscheidungen zur Verschärfung bei den Verfahren führten. Aus den Reihen der Abgeordneten gab es Lob für die professionelle Abwicklung der öffentlichen Anhörungen.

Im Grubenausschuss wurde die Hoffnung ausgedrückt, dass die neue Fördermengenvereinbarung länger Bestand habe und die deutsche Steinkohle vor einem „Auslaufbergbau“ bewahre. Das hohe Sicherheitsbewusstsein der Bergleute wurde lobend erwähnt. Bei der Unfallhäufigkeit habe der Bergbau den größten Rückgang von allen Gewerbezweigen zu verzeichnen, berichtete Dr. Lewien von der Bergbauberufsgenossenschaft.

*Frauen in Männerberufen – sogar tief unten im Pütt macht diese von der ehemaligen Vorsitzenden des Frauenausschusses und jetzigen Arnsberger Regierungspräsidentin Renate Drewke (2.v.l.) unterstützte Initiative Fortschritte. Tausend Meter unter der Erde konnten Drewke als oberste Dienstherrin des Landesoberbergamtes und der Landtagsabgeordnete Manfred Degen (SPD, 4.v.l.) Christiane Groeger (l.) und Yvonne Grothuesmann (r.) begrüßen. Beide haben auf der Zeche Auguste Victoria eine Lehre als Betriebsschlosserinnen absolviert. Übrigens: Degen hatte auf derselben Zeche vor 49 Jahren eine Ausbildung als Berglehrling begonnen.*



## Erste Bilanz des Liegenschaftsbetriebs

### Mehr als 770 Millionen Euro für Mieten und Pachten

*Im Unterausschuss Landesbetriebe und Sondervermögen (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) des Haushaltsausschusses, erörterte Abteilungsleiter Rolf Krähmer (Finanzministerium) am 23. September den ersten Jahresabschluss des Bau- und Liegenschaftsbetriebs (BLB).*

Das das „Erstlingswerk“ so spät, nämlich für 2001 erst jetzt vorliege, habe ihn angesichts des gewaltigen Liegenschaftsvermögens des Landes nicht überrascht, sagte Krähmer. Bei den Erträgen in Höhe von 930 Millionen Euro seien die Erwartungen um 30 Millionen Euro übertroffen worden. Die Aufwendungen überstiegen die Erträge jedoch um 195 Millionen Euro. Die Erlöse aus Mieten und Pachten hätten dem Plansatz (774 Millionen Euro) entsprochen. Bei Ingenieur-

und Architektenleistungen für fremde Liegenschaften seien nicht die erwarteten Umsätze erreicht und für bezogene Leistungen sei erheblich mehr aufgewendet worden, was mit Anlaufschwierigkeiten des neuen Betriebs zu erklären sei. Auch bei den Instandhaltungsaufwendungen liege der BLB nicht im Plan.

Die CDU äußerte sich zufrieden, dass der Verlust nicht höher sei. Das Jahr 2002 werde nicht besser als 2001, meinte Krähmer. Als Risiken zählte er Mietminderungen, Leerstände,

Kostensteigerungen, Terminüberschreitungen und Fehlplanungen auf. Erst im Jahr 2007 sei ein ausgeglichenes Ergebnis von Einnahmen und Ausgaben zu erwarten. Die Bautätigkeit für den Bund, insbesondere das Modernisierungsprogramm für die britischen Streitkräfte, werde einen stabilen Auftragsbestand für den Bereich Bauen und Planen bringen.

Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb bewirtschaftet seit zweieinhalb Jahren die 1.500 Grundstücke mit 4.781 Gebäuden im Landesbesitz, darunter Polizeibehörden, Forst- und Finanzämter, Gerichte und Justizvollzugsanstalten sowie Hochschulen. Außerdem erbringt der BLB alle fachlichen Leistungen für den Bund, die ausländischen Streitkräfte, die Universitätskliniken und Sonderliegenschaften gegen Entgelt. Für die 2.797 Beschäftigten der früheren Staatlichen Bauämter wendet der BLB 140 Millionen Euro pro Jahr auf.

## Verkehrsausschuss auf Tour

# Vorbildliches Radland NRW

*Drei Tage lang nahmen sich Vorsitzender Manfred Hemmer (SPD) und weitere Mitglieder des Verkehrsausschusses Zeit, um die Radverkehrs-Infrastruktur des Landes NRW zu besichtigen. In Oberhausen, Brühl, Mülheim/Ruhr und Hamm besuchten sie die Radstationen. Eine Radtour führte sie ins Nachbarland Niederlande nach Veenendaal, zwei weitere an der Urft entlang im Kreis Euskirchen und durch Hamm/Westfalen sowie eine GPS-geführte Tour zum Mülheimer Wasserbahnhof. Die Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte und Gemeinden (AGFS) hatte das Ganze anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens organisiert.*



Ausschussvorsitzender Hemmer staunte über die Früchte der jahrelangen Landesförderung und stellte fest: „Es hat sich gelohnt. Nordrhein-Westfalen ist das fahrradfreundlichste Land der Bundesrepublik Deutschland.“ Für Radwege habe das Land in 25 Jahren 1,2 Milliarden Euro ausgegeben, Bundesmittel eingeschlossen. Von 100 geplanten Fahrradstationen seien 48 in Betrieb. In diesem Jahr würden weitere zehn Radstationen eröffnet.

„wenn Fläche und Geld für ordentliche Radwege fehlen“. Sogar an einer Bundesstraße hat er schon eine Radstreifenmarkierung durchgesetzt. Für das Abmarkieren sind nicht nur die Radfahrer, sondern auch die Fußgänger dankbar: Der Abstand der LKW's vom Fahrbahnrand ist größer geworden. Nebenbei berichtete er, auch für die Sicherheit der Motorradfahrer tue die Niederlassung Euskirchen des Landesbetriebs „straßen.nrw“ etwas. 70 Kurven seien bereits mit einem Unterfahrschutz an den Leitplanken ausgestattet worden. Der „Typ EU“ koste nur 18 Euro pro laufenden Meter inklusive Montage.

Eindrucksvoll war auch, was Landrat Günter Rosenke (Kreis Euskirchen) und Geschäftsbereichsleiter Franz Unterstetter zum Radwege-System in einer Mittelgebirgslandschaft vorzuzeigen hatten. Die vielen Täler seien genutzt und ein alter Bahndamm zurückgekauft worden, um Radwege anzulegen: „An Routen fehlt es uns nicht.“ Der von der Eifeltouristik GmbH vermarktete Radtourismus sei ein beispielloser Erfolgsfaktor. Im Kreis Euskirchen gebe es heute 330 Kilometer Radwege an Landesstraßen und 200 an Privatstraßen.

Mit vielen Ideen wurden die Radtouren entwickelt. Da gibt es die Urftseeroute mit Jugendstilkraftwerk, den Ahrsagenradweg, die Eifel-Höhen-Route. Ein neu eröffnetes Teilstück „führt aufgrund seiner bisherigen militärischen Nutzung durch eine unberührte Landschaft“. Die Rede ist vom belgischen Truppenübungsplatz Vogelsang, aus dem in absehbarer Zeit der „Nationalpark Nordeifel“ werden soll. Zur Idee, die Mosel per Radwege mit der Maas zu verbinden, fügte der Nettersheimer Abgeordnete Clemens Pick noch eine

Septembersonne begleitete den Verkehrsausschuss bei seinen Radtouren in NRW, hier im Urfttal (Kreis Euskirchen), vorn v.l.

Manfred Hemmer (Vorsitzender, SPD), Dr. Ingo Wolf (FDP-Fraktionsvorsitzender aus Euskirchen), Christof Rasche (FDP).

weitere hinzu: eine Museums-Route. Nettersheimer Thementouren führen schon bisher auf die Spuren der Römer, zu Fossilien aus dem Devon, Marmorsteinbruch und Erftquelle.

In Brühl besuchte der Verkehrsausschuss die privat geführte Radstation am Bahnhof. Dort erfuhren sie, dass dank der Abschaffung des Meisterzwangs ein zweiter Radmechaniker eingestellt werden konnte. Die meisten anderen Radstationen in NRW werden als Beschäftigungsinitiativen für schwer vermittelbare Arbeitslose geführt.

## GESUNDHEIT

Die Verkehrspolitiker aller Fraktionen halten das Fahrrad für ein ideales Nahverkehrsmittel, das PKW-Fahrten bis zu etwa fünf Kilometern in den Städten ersetzen kann. Nicht nur nebenbei weisen sie auch auf das Fahrrad als Motor für die mittelständische Wirtschaft und Beschäftigung sowie als ideales Gerät für Sport und Gesundheit hin.

In Euskirchen begann das Programm bei der für zwei Kreise zuständigen Niederlassung des Landesbetriebs Straßenbau. Hier lernten sie Niederlassungsleiter Helmut Nikolaus als leidenschaftlichen Straßenbauer kennen, der einigen von ihnen schon lange als der „Kreisel-papst“ von NRW bekannt ist. Nikolaus beeindruckte den Ausschuss mit Sätzen wie: „Der Kreisverkehr ist die Antwort der Ingenieure auf Sorgen und Wünsche der Bürger nach mehr Sicherheit“, und: „Der Bürger liebt den Kreisverkehr.“ Viele „seiner“ Kreisel im Kreis Euskirchen sind liebevoll von Sponsoren künstlerisch und gärtnerisch verschönt worden. Seine Niederlassung hat mit der Veröffentlichung von „Minikreisel“ auch die erste Fachbroschüre zu diesem Thema vorgelegt.

Nikolaus treibt aber auch „Markierungslösungen“ außerorts für Radfahrer voran,

## KINDER

Auch Brühl hat auf erfolgreichen Radverkehrs-ausbau hinzuweisen. Ein Schwerpunkt hier ist Radfahrerziehung für Kinder. Im Beisein von Bürgermeister Michael Kreuzberg erläuterten Mitarbeiter der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte und Kreise ihre gut angenommene Öffentlichkeitsarbeit, die den Städten und Kreisen eigene Bemühungen abnimmt.

Der Tag endete mit einer spannenden Führung durch Schloss Augustusburg, wo Verwaltungsleiter Ingo Hebler den hohen Erhaltungsaufwand des Landesbesitzes erwähnte und bedauerte, dass hier kaum noch Staatsempfangs stattfinden.

## Erhöhen Wechseljahrshormone Krebserkrankungsrisiko bei Frauen?

Ein Gutachten zur Hormontherapie für Frauen nach den Wechseljahren wurde jetzt der Enquetekommission „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW“ vorgelegt. Titel: „Gutachten zur Anwendung der postmenopausalen Hormontherapie in Deutschland und Vorschläge zur Senkung der Anwendungshäufigkeit“. Prof. Dr. Greiser vom Bremer Institut für Präventionsforschung und Sozialmedizin (BIPS) informierte die Kommissionsmitglieder.

Wechseljahrshormone sind in Deutschland die am häufigsten verordneten Arzneimittel für Frauen zwischen fünfzig und neunundfünfzig Jahren. Vier bis fünf Millionen Frauen nehmen in und nach den Wechseljahren Hormonpräparate ein. Diese Präparate werden nicht nur gegen Wechseljahrsbeschwerden eingenommen, sondern darüber hinaus auch zur Vorbeugung gegen Osteoporose oder Herz-Kreislauf-erkrankungen.

Aufgrund umfangreicher internationaler Studien zur Hormonersatztherapie u.a. in den USA und in Großbritannien, waren besorgniserregende Zahlen von Krebserkrankungsrisiken bei Frauen nach der Einnahme von Wechseljahrshormonen bekannt geworden, die in den USA den vorzeitigen Abbruch der Studie zur Folge hatten.

### INTERNATIONALE STUDIEN

In der bundesdeutschen Diskussion entwickelte sich unter WissenschaftlerInnen und GynäkologInnen ein Streit über die Übertragbarkeit der internationalen Erkenntnisse auf die Situation in der Bundesrepublik. Um Klarheit darüber zu bekommen, ob diese Ergebnisse auch auf Deutschland und NRW übertragbar sind, gab die Enquetekommission „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW“ das oben erwähnte Gut-

achten in Auftrag. Dabei zeigte sich, dass auch die in Deutschland verordneten Hormonpräparate gegen Wechseljahrsbeschwerden bei Frauen erhöhte Erkrankungsrisiken für Brustkrebs aufweisen. Ebenso ist die Sterblichkeit an Brustkrebs nach Hormoneinnahme höher als bei Frauen, die ohne Hormoneinnahme Brustkrebs bekommen. Auch Erkrankungen der Gebärmutter Schleimhaut und der Eierstöcke können ebenfalls durch Wechseljahrshormone hervorgerufen werden.

In einer Hochrechnung für die nächsten zehn Jahre stellte Prof. Dr. Greiser fest: „Bezogen auf einen Zehn-Jahres-Zeitraum erkranken in Deutschland infolge der Anwendung von Wechseljahrshormonen ca. 127.000 Frauen im Alter zwischen 45 und 74 Jahren an Krebs. Das Robert-Koch-Institut hat Überlebensraten nach Krebserkrankungen veröffentlicht (1999). Danach werden innerhalb von 5 Jahren von den durch Hormone an Brustkrebs erkrankten 100.000 Frauen 27.000 verstorben sein.“

Die Mitglieder der Enquetekommission hoffen, dass es aufgrund dieser Erkenntnisse zu einer umfassenden Änderung in der Verschreibungspraxis von Frauenärztinnen und -ärzten kommen sollte. Auf ihren nächsten Sitzungen wird die Enquetekommission nun auch darüber beraten, welche Forderungen sich hinsichtlich der Information und Beratung von Frauen über Wechseljahrshormone für die Akteurinnen und Akteure in der Gesundheitsversorgung in NRW ergeben.

## Offene Ganztagsgrundschule: 77 Gemeinden machen mit

235 offene Ganztagsgrundschulen gingen zum Schuljahr 2003/2004 an den Start. Im Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie (Vorsitz Annegret Krauskopf, SPD) berichtete die NRW-Schulministerin Ute Schäfer (SPD) über den Stand der Dinge.

Es wurden für 11.696 Kinder Schulplätze geschaffen. An dem Projekt beteiligten sich insgesamt 77 Gemeinden. Sowohl CDU- als auch SPD-geführte Gemeinden begrüßten das Konzept der Ganztagschule.

In Dinslaken, Neunkirchen-Seelscheid, Rommerskirchen und Schwerte wurden bereits alle Schulen auf die offene Ganztagschule umgestellt. Mit dem Projekt sollen die Bildungschancen von Schülerinnen und Schülern aufgrund der außerschulischen Bildungsangebote und der Förder- und Betreuungsmaßnahmen verbessert werden. Die offene Ganztagschule stellt für berufstätige und allein erziehende Eltern eine große Erleichterung dar.

Das sportliche, kulturelle und musische Angebot hat einen großen Stellenwert. Am 18. Juli 2003 wurden Kooperationsverträge mit dem LandesSportBund, dem LandesMusikRat und dem Landesverband der Musikschulen abgeschlossen. Durch die Verträge werden die Kommunen nicht gebunden, sie räumen ihnen aber einen Vorrang bei konkurrierenden Angeboten gemeinwohlorientierter Sportorganisationen und öffentlicher Musikschulen ein.

Schulministerin Schäfer hält es für wahrscheinlich, dass die Zahl der Anträge zum Schuljahr 2004/2005 erheblich steigen wird. **dk**



**Freundschaft und fruchtbare Zusammenarbeit beider Länder** – diese beiden Elemente kennzeichnen nach den Worten des tunesischen Parlamentspräsidenten Fouad M'Bezza (am Pult) die Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und Tunesien. Der Gast aus dem nordafrikanischen Land trug sich bei seinem Besuch „im schönen Bundesland Nordrhein-Westfalen“ (so M'Bezza) in das Gästebuch des Landtags ein. Parlamentspräsident Ulrich Schmidt (4.v.l.) lobte die freundschaftlichen Verbindungen zwischen dem Land und Tunesien, die sich durch den Tourismus, wirtschaftlichen Austausch, aber auch gerade in den vergangenen Jahren durch viele Besuche auf höchster politischer Ebene entwickelt haben.

Foto: Schälte



5000 Unterschriften übergaben die Mitglieder der Deutschen Steuergewerkschaft an den Vize-Präsidenten des Landtags Dr. Helmut Linssen (2.v.l.). Damit wollten sie ihre Unterstützung über die von der Landesregierung NRW geplanten Kürzungen im öffentlichen Dienst zum Ausdruck bringen. Der Ortsverband wandte sich darüber hinaus in einem Protestbrief persönlich an die Abgeordneten der entsprechenden Wahlkreise. In den Landtag kamen die Gruppensprecher des Bezirksverbandes Düsseldorf (v.l.): Agnes Kremers, Heidrun Bido, Volker Tervoort, Uwe Hohl und Jutta Peper-sack. Foto: Schälte

## Jugendausschuss diskutierte kontrovers

### Startschuss für erstes islamisches Schülerwohnheim in NRW

*Es ist das erste Wohnheim dieser Art in Nordrhein-Westfalen, liegt mitten in Duisburg und hat es sich zur Aufgabe gemacht, muslimische Jungen zu integrieren. Seit dem 15. September existiert dieses Schülerwohnheim in Duisburg-Hochfeld. Mit diesem Thema hat sich der Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie (Vorsitz Annegret Krauskopf, SPD) am 25. September beschäftigt. Streitpunkt war vor allem der Betreiber des Wohnheims – ein islamischer Kulturverein aus Köln.*

Initiator des Wohnheims ist der Verband der islamischen Kulturzentren e.V. Köln (VIKZ). Dabei handelt es sich um eine strengkonservative islamische Gruppierung. Das ergab eine bundesweite Recherche des Landschaftsverbands Rheinland.

Ute Schäfer, Ministerin für Schule, Jugend und Kinder erklärte gegenüber dem Ausschuss, dass bei dem Verband kein verfassungsfeindliches Verhalten festgestellt werden konnte. Daher stünde einer Betreiberlaubnis nichts im Wege.

#### SORGEN

Heftig diskutiert wurde der Hintergrund des islamischen Verbands im Ausschuss. So äußerte sich Thomas Mahlberg (CDU) besorgt über die Entwicklung: „Bei mir gehen bei dieser Geschichte alle Alarmglocken hoch.“

Mahlberg hofft, dass man „peinlich genau darauf achtet, dass Integrationsarbeit geleistet wird“. Er vermutete eher, dass dieses Wohnheim die Jungen von der Gesellschaft fernhalten würde.

Brigitte Speth (SPD) unterstützte diese Auffassung von Mahlberg. Ihr ging es aber auch darum, was tatsächlich mit den Kindern nachmittags passiert. Auch Dr. Daniel Sodenkamp (FDP) fragte kritisch nach: „Was würde eigentlich mit einem deutschen Schüler passieren, der mitmachen will?“ Ewald Groth (Grüne) warnte energisch vor einer „ungerechten Schuldvermutung“ und sagte: „Man muss das sehr, sehr neutral betrachten.“ Weiter machte er darauf aufmerksam, dass es zum Beispiel auch einige „streng konservativ katholische“ Einrichtungen in Deutschland gäbe.

Zum Hintergrund: In Duisburg-Hochfeld wurde ein Wohnheim errichtet, in dem

30 türkische muslimische Jungen im Alter von 12 bis 16 Jahren leben. Sie besuchen weiterhin die öffentlichen Schulen. Nachmittags werden sie von zwei deutschen und einem türkischen Mitarbeiter betreut. Der Leiter, ein deutscher Erzieher, erfüllt die vom Staat geforderten pädagogischen Voraussetzungen. Der türkische Mitarbeiter ist religiös ausgebildet. Ziel ist es, die Deutschkenntnisse der Jugendlichen zu verbessern, um die Integration in die Gesellschaft zu erleichtern.

#### RUNDER TISCH

Ab November trifft sich der VIKZ mit dem Jugendamt der Stadt Duisburg, mit dem Landesjugendamt und weiteren Verbänden an einem „Runden Tisch“, um sich über die Integrationsförderung zu beraten. Der Verband willigte auch unangemeldeten Besuchen des Jugendamtes zu.

Weitere Wohnheime dieser Art sind vom VIKZ in Planung. Das Landesjugendamt hat dem Träger geraten, zunächst in Duisburg Erfahrungen zu sammeln. Dem Landschaftsverband Rheinland liegen bislang keine neuen Anträge für derartige Wohnheime vor. Jedoch meldet der Landschaftsverband Westfalen-Lippe bereits beabsichtigte Planungen in Gronau, Dortmund, Schloss Holte-Stukenbrock, in Hagen, Bielefeld und Oelde. Doch dafür nötige pädagogische Konzepte wurden noch nicht vorgestellt. Es ist lediglich bekannt, dass fünf Wohnheime für Jungen und eines für Mädchen angedacht sind. ck

# +++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Die nächste Sprechstunde des **Petitionsausschusses** (Vorsitz Barbara Wischermann, CDU) in der Villa Horion in Düsseldorf findet am Montag, 3. November, statt. Telefonische Anmeldung erbeten: 0211/884-4444.



Über den „Regionalverband Ruhrgebiet“ wird erst im November entschieden. SPD und GRÜNE meldeten im federführenden **Innenausschuss** (Vorsitz Klaus Stallmann, CDU) am 25. September noch Beratungsbedarf an. Initiativen aller Fraktionen zielen auf mehr interkommunale Zusammenarbeit und eine stärkere Ruhrregion.



Der **Unterausschuss Personal** des Haushaltsausschusses (Vorsitz Manfred Palmen, CDU) hört am 25. November die Gewerkschaften und Berufsverbände des öffentlichen Dienstes zum Haushaltsplanentwurf 2004/2005 an.



Illustration: h,m

Überlegungen, beim Abhören von Wohnungen von Straftatverdächtigen auch Privatpersonen, etwa Handwerker, einzuschalten, wurden im **Innenausschuss** verworfen.



Zum Vorsitzenden des **Migrationsausschusses** soll am 9. Oktober Wolfgang Große Brömer (SPD) gewählt werden.

Seine Fraktionskollegin Oda Gerlind Gawlik gibt das Amt wegen Belastung als Vorsitzende des Untersuchungsausschusses „Landesgesellschaften“ auf.



Am 8. und 9. Oktober führt das Umweltministerium ein internationales Symposium zur EU-Wasserrahmenrichtlinie durch. Dem **Umweltausschuss** (Vorsitz Klaus Strehl, SPD) kündigte das Ministerium die Änderung des Landeswassergesetzes und eine Verordnung zur Umsetzung zahlreicher Details der EU-Wasserrahmenrichtlinie (Vorlage 13/2119) an. Die Novelle soll im Herbst 2003 im Landtag

eingebracht werden. Laut der EU-Richtlinie, seit Ende 2000 in Kraft, darf künftig der Grundwasserspiegel nicht mehr so geändert werden, dass Ökosysteme geschädigt werden. Oberirdische Gewässer dürfen genutzt, aber nicht verschlechtert, 33 Stoffe nur noch beschränkt oder gar nicht mehr eingeleitet werden. Strengere Vorschriften soll es für Überschwemmungsgebiete geben.



Im **Medienausschuss** (Vorsitz Claudia Nell-Paul, SPD) ärgerten sich CDU und FDP am 22. September darüber, dass zu Auskünften über die Ursachen der „Pleite der Medien GmbH“ deren Geschäftsführer auf Weisung der Staatskanzlei nicht zur Verfügung stand.



Für die Ausstattung der Polizei mit Digitalfunk seien im Haushaltsentwurf 22,5 Millionen Euro für 2004 und 45 Millionen für 2005 veranschlagt, teilte Minister Dr. Fritz Behrens in einer Aktuellen Viertelstunde im **Innenausschuss** am 25. September mit. Mit der Ausstattung könne jedoch erst nach Abschluss des Ausschreibungs- und Vergabeverfahrens begonnen

werden. Die Kostenaufteilung zwischen Bund und Ländern sei noch ungeklärt.



Ungewöhnlich: Vier Jahre nach seiner Ungarnreise verbuchte der **Ausschuss für Grubensicherheit** (Vorsitz Peter Budschun, SPD) am 26. September eine Erfolgsmeldung. Ein Vertreter der Bergbehörde bestätigte, die Gespräche während der Reise hätten die Einführung von EU-Standards beim ungarischen Arbeitsschutz vorangebracht. Ungarn sei es gelungen, die Fördermittel eines EU-Harmonisierungsprogramms zur Gefährdungsbeurteilung flächendeckend für seine gesamte Industrie zu erhalten. Ungarn nehme im Übrigen eine Führungsrolle unter den Beitrittskandidaten ein.



Über „intelligente Lösungen“ für „massive Konflikte“ zwischen Radfahrern, Skatern und Wanderern, vor allem in den Sommermonaten, wurde im **Sportausschuss** (Vorsitz Gisela Hinnemann, CDU) am 22. September gesprochen. Zum Thema „Radsport in NRW“ machte das Ministerium aber auch auf Schwierigkeiten aufmerksam, die unterschiedlichen Interessen und Verhaltensweisen von organisierten Radfahrern (24.768 in 512

Vereinen), Leistungs- und Freizeitsportlern, Mountainbikern, radelnden Touristen und Verkehrsteilnehmern zu regeln. Über neue Mountainbike-Strecken in NRW und Chancen für den Radsport in der Offenen Ganztagschule will der Ausschuss in einer weiteren Sitzung beraten.



Der **Landwirtschaftsausschuss** (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) hörte am 30. September Sachverständige zum CDU-Antrag „Klare Regelung zum Schächten im Tierschutzgesetz des Bundes“ an. Nach dem Tierschutzgesetz ist Schächten verboten. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2002 sind jedoch Ausnahmen erlaubt. Dazu der Bundesrat: Schonender und tierschutzkonformer Ablauf des Schächten müsse bundeseinheitlich vorgeschrieben werden. In der Anhörung ging es vor allem um das von Juden und Muslimen praktizierte betäubungslose Schlachten, das deutsche Tierfreunde bekämpfen.



Im **Europa-Ausschuss** (Vorsitz Ute Koczy, GRÜNE) regte die SPD nach einem Bericht zur Europäischen Strukturpolitik am 17. September an, zum CDU-Antragsteil Fortsetzung der Mindestförderung einen gemeinsamen Antrag zu erarbeiten. Die CDU schätzte Erfolge jahrelanger Strukturfondsmittel kritischer ein und sah erhebliche Defizite insbesondere im Bereich Forschung.



Wieder ein neues Gesetz: Der aufgrund einer EU-Richtlinie erforderliche Entwurf der Landesregierung für ein Seilbahngesetz NRW wurde am 24. September an den **Verkehrsausschuss** (Vorsitz Manfred Hemmer, SPD) überwiesen. Das Gesetz enthält 24 Paragraphen. 🐾

## Europäische Verfassung

# „Mehr erreicht als erhofft!“

*So fasste Ute Koczy (GRÜNE), Vorsitzende des Ausschusses für Europa- und Eine-Welt-Politik in der Sitzung am 17. September, die Ergebnisse der Arbeiten des Europäischen Verfassungskonvents zusammen, über die Staatsminister a.D. Professor Dr. Manfred Dammeyer und Justizminister Wolfgang Gerhards berichtet hatten. Die italienische Ratspräsidentschaft beabsichtigt, die Regierungskonferenz am 12./13. Dezember 2003 zu beenden und den Verfassungsvertrag in seiner endgültigen Form anzunehmen.*

Prof. Dammeyer, der als Vertreter Nordrhein-Westfalens im Ausschuss der Regionen (AdR) ständiger aktiver Beobachter des Verfassungskonvents war, unterstrich, der jetzt vorliegende Verfassungsentwurf müsse im Großen und Ganzen angenommen werden. Wer das mühsam errungene Kompromisspaket wieder aufschnüren wolle, trage ein hohes Maß an Verantwortung. Das Ergebnis sei ein brauchbarer Schritt hin zu mehr europäischer Integration. Mehrheitsentscheidungen würden im Europäischen Ministerrat zur Regel werden. Soweit der Ministerrat als Legislativrat tage, würden seine Sitzungen öffentlich. Neben europäischen Gesetzen werde es europäische Rahmengesetze geben, und auch bei der Kompetenzordnung habe es bei der Aufteilung von ausschließlichen und geteilten Zuständigkeiten erhebliche Fortschritte gegeben. Umstritten und noch in der öffentlichen Diskussion seien die Frage eines hauptberuflichen Ratspräsidenten und die Zusammensetzung der Europäischen Kommission.

### PAKET

Aus Ländersicht seien das Bekenntnis zur kulturellen und sprachlichen Vielfalt, die Anerkennung der kommunalen Selbstverwaltung, die Respektierung regionaler Zuständigkeiten sowie der territoriale Zusammenhalt wichtig. Mit der Anerkennung der ultraperipheren Gebiete (äußerste Grenzlagen) und der Einbindung

der Grundrechte-Charta in die Europäische Verfassung sowie dem Klagerecht des AdR seien bedeutsame Fortschritte gelungen. Nicht erreicht worden sei ein eigenständiges Klagerecht der Regionen mit Gesetzgebungszuständigkeiten. Der AdR werde auch in Zukunft lediglich beratende Funktion gegenüber Parlament, Rat und Kommission haben. Das Europäische Parlament sei erheblich gestärkt worden und werde für die europäische Rechtsetzung immer bedeutsamer.

Minister Gerhards teilte diese Einschätzungen und wies darauf hin, dass alle Konventmitglieder den Verfassungsvertrag unterzeichnet haben und damit in der Pflicht stünden, dass der Vertragsentwurf so auch umgesetzt werde. Jetzt komme es erst einmal darauf an, den Text

juristisch sauber zu formulieren, damit der Entwurf in sich widerspruchsfrei werde. Das Europäische Parlament habe signalisiert, dass der Vertragsentwurf nicht grundlegend geändert werden solle.

Die Europaministerkonferenz der deutschen Länder werde empfehlen, im Interesse des Gesamtkompromisses das Paket nicht erneut aufzuschnüren.

Gabriele Sikora (SPD), Ilka Keller (CDU) und Dietmar Brockes (FDP) machten deutlich, dass ihre Fraktionen den vorliegenden Entwurf begrüßen und keine grundlegenden Änderungen anstreben. Ausschussvorsitzende Ute Koczy (GRÜNE) sah die Konventsmethode bestätigt und wertete den Verfassungskonvent als ein Erfolgsprojekt.

## Kurz, aber heiß – Sommerfußball für die Fluthilfe Bronze für den FCL beim Turnier in Dresden

*Das Team des FC Landtag NRW ist bekannt für seinen unbändigen Kampfsgeist und für seine Fähigkeit, in den Schlussminuten noch einmal alle Kräfte bis zur 90. Minute mobilisieren zu können.*

Nur: Auf dem gut besetzten Dresdener Turnier um den Fluthilfepokal konnte jedoch diese weithin gerühmte Charaktereigenschaft des Teams gar nicht zum Tragen kommen. Die Spiele waren tückischerweise nur für jeweils 20 Minuten angesetzt. Zweifellos ein Nachteil, der den FCL aber nicht davon abbringen konnte, den ehrenvollen dritten Platz zu belegen. Obendrein erhielt Kapitän Günter Langen auch noch den größten Pokal als Auszeichnung für die nordrhein-westfälischen Sportvereine und ihre Unter-

stützung für die Flutopfer des vergangenen Jahres.

Im ersten Spiel traf der FCL mit dem Landtag Thüringen auf ein spielstarkes Team, das die NRWler gehörig unter Druck setzte und nicht unverdient in Führung ging. Der FCL brauchte Zeit, um wenigstens einigermaßen Ordnung in sein Spiel zu bringen.

Der zweite Gegner war die Landespressekonferenz (LPK) Sachsen. Der FCL war hoch überlegen, schnürte die LPK ein und hatte Chancen über Chancen. Aber irgendwie war das Tor an diesem Tage für den FCL zu klein. Schließlich war es doch Torjäger Werner Mayer, der nach kluger Vorarbeit von Günter Langen, das Runde irgendwie in das Eckige stupste.

Das entscheidende Spiel gegen den Landtag Sachsen musste der FCL gewinnen, wenn er sich den Turniersieg holen wollte. Entsprechend engagiert und druckvoll gingen die Mannen um den glänzenden Keeper Rene Markgraf, um Spielertrainer Wolfgang Euteneuer und Abwehrrecke Bernhard Tenhumberg zu Werke. Das bekam ihnen jedoch insgesamt nicht gut. Die Sachsen konterten kühl und effektiv und schafften mit ihrem zweiten Treffer kurz vor Abpfiff nicht nur den Sieg in diesem Spiel, sondern auch den ersten Platz im Turnier.

Wohin das Rund auch fällt – Fußball lässt sich fast überall spielen. Auch wie hier hoch über dem Rhein auf dem Dach des Deutschen Sport & Olympiamuseums in Köln.



SPD

## SPD: Neuausrichtung der Wohnungsbauförderung

Die SPD-Landtagsfraktion hat eine Neuausrichtung der sozialen Wohnraumförderung beschlossen. „Wir wollen vor allem älteren und pflegebedürftigen Menschen ein selbstständiges Wohnen in ihrem vertrauten Umfeld ermöglichen“, begründete der wohnungs- und städtebaupolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Dieter Hilser, einen gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen.

Die Anzahl älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung steige kontinuierlich. Auf diese Herausforderung werde Nordrhein-Westfalen mit neuen Akzenten in der Wohnungsbauförderung reagieren. „Dabei geht es uns nicht um Förderangebote von Pflegeheimen im traditionellen Sinne“, erklärte Hilser. Vielmehr sollten neue und zusätzliche Wohn- und Hilfsangebote im normalen Wohnungsbau und Wohnungsbestand geschaffen werden. Gleichzeitig gelte es, die Wohnkostenbelastung auch im Alter tragbar zu gestalten.

„Mit einer gezielten Förderung zum Ausbau des Wohnungsbestandes wollen wir nachdrücklich den Wunsch vieler älterer Menschen erfüllen, in ihrem vertrauten Wohnumfeld bleiben zu können“, betonte Hilser. Die Einrichtung von Pflegeräumen oder Nachwachen sei eine wesentliche Voraussetzung dafür. So könnten pflegebedürftige Menschen ambulant betreut werden und als selbstständige Mieter ihre Wohnung behalten. Dieter Hilser: „Ältere Menschen verbringen durchschnittlich über 21 Stunden des Tages in ihrer Wohnung. Deshalb sind für die Zukunft Neu- und Umbau altengerechter Wohnungen dringend notwendig.“

FDP

## FDP: Finanzpolitiker aus Bundestag und Landtagen fordern Sofortprogramm für Städte und Gemeinden

Die finanz- und haushaltspolitischen Sprecher der FDP-Fraktionen im Bundestag und in den Landtagen haben auf ihrer Konferenz in Düsseldorf ein Sofortprogramm für die Städte und Gemeinden gefordert. Die Verbesserung der Finanzausstattung der Gemeinden war zentraler Diskussionspunkt der zweitägigen Konferenz. Darüber hinaus sprachen sich die Finanzpolitiker einmütig dafür aus, die Länderhaushalte bzw. den Bundeshaushalt durch mutige Finanzschritte zu konsolidieren und nachhaltig zu stabilisieren.

„Angesichts der katastrophalen Haushaltslage der Städte und Gemeinden in Deutschland brauchen wir dringend eine umfassende Gemeindefinanzreform, die Strukturen verändert“, so die finanzpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Angela Freimuth.



Foto: Finanzgruppe

CDU

## CDU: Regelmäßige Konsultationen mit niederländischer Schwesterpartei

Zu einem ersten Meinungs- und Gedankenaustausch trafen sich Mitte September Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion mit Vertretern der niederländischen CDA. Dabei ging es um Themen, die für NRW und sein Nachbarland im Westen von zentralem Interesse sind. Erörtert wurden vor allem Herausforderungen und Chancen der grenzüberschreitenden Verkehrspolitik, aber auch Energie- und Wirtschaftsthemen standen auf der Tagesordnung. „Das Treffen war ein Auftakt für regelmäßige Konsultationen mit unserer niederländischen Schwesterpartei“, erklärte die europapolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Ilka Keller, auf deren Initiative die Begegnung zu Stande kam. So soll die transnationale Zusammenarbeit beider Parteien nicht nur in den Euregios, sondern vor allem auch auf parlamentarischer Ebene verstärkt werden. Teilnehmer waren für die CDA die Fraktionsmitglieder der Zweiten Kammer Camiel Eurlings, Jos Hessels, Henk van Ormel, Bart van Winsen und Jeu Titulaire. Bei den Düsseldorfer Gastgebern nahmen der Fraktionsvorsitzende Dr. Jürgen Rüttgers, die europapolitische Sprecherin Ilka Keller, Landtags-Vizepräsident Dr. Helmut Linssen sowie die Abgeordneten Dr. Stefan Berger, Gabriele Kordowski und Heinrich Kruse teil.



GRÜNE

## GRÜNE: Wahl eines Mitglieds des WDR-Rundfunkrates

Ein anderes Gesicht wird zukünftig im Rundfunkrat des Westdeutschen Rundfunks vertreten sein: Oliver Keymis MdL, medien-, kultur- und verkehrspolitischer Sprecher der Grünen Landtagsfraktion wurde in der vergangenen Woche von seiner Fraktion für diese Funktion einstimmig nominiert. Eine Neuwahl der Mitglieder des Aufsichtsgremiums, der größten deutschen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt erfolgt alle sechs Jahre. Die Amtszeit des bisherigen Rundfunkrates, dem insgesamt 42 Mitglieder angehören, endet zum 30. November 2003. Der Landtag wählt insgesamt dreizehn Mitglieder.

Die Stellvertretung übernimmt Karin Knöbelspies, die bisher die Grünen im Rundfunkrat vertrat. Dem bisherigen Stellvertreter Martin Böttger dankt die Fraktion für seine kompetente Arbeit. Mit Karin Knöbelspies als Stellvertreterin wird Kontinuität gewahrt und es wird dem Aspekt des Gender Mainstreamings Rechnung getragen, wonach die Besetzung eines Platzes im Rundfunkrat von Frau zu Mann oder Mann zu Frau wechseln soll.



Foto: Abgeordneter Keymis



## Porträt der Woche: Gisela Hinnemann (CDU)

Ihre Kompetenz ist unbestritten. Seit drei Jahren ist die CDU-Abgeordnete Gisela Hinnemann Vorsitzende des Sportausschusses im Düsseldorfer Landtag. Die Christdemokratin wird nicht nur von den eigenen Parteifreunden anerkannt. Auch die anderen Fraktionen respektieren ihr Fachwissen und ihre Führungsqualitäten. Mitglieder des Sportausschusses schätzen vor allem ihre Einsatzbereitschaft vor Ort, und dass sie die repräsentativen Pflichten ihres Jobs sehr ernst nimmt. Die Rolle der Sportausschussvorsitzenden scheint der 54-Jährigen auf den Leib geschnitten zu sein. Selber Dressurreiterin und verheiratet mit einem Landwirt und Reitlehrer, der Olympiateilnehmer trainiert, ist für sie Fairplay auch in der Politik selbstverständlich.

Dennoch war es höchst ungewöhnlich, dass die CDU-Frau im Jahr 2000, gerade in den Düsseldorfer Landtag gewählt, auch schon mit dem Vorsitz des Sportausschusses betraut wurde, den bis dahin die SPD für sich beansprucht hatte. Offensichtlich hatte sich die CDU-Fraktionsspitze für eine Praktikerin entschieden. „Ich glaube, dass ich als Vermittlerin ganz gut auf den Stuhl passe.“

Als Vorsitzende hat sie eine mehr neutrale Rolle und Gisela Hinnemann, die vor ihrer Abgeordnetentätigkeit Mathematiklehrerin an einem Gymnasium war, versteht es, ihre Meinung freundlich zu verpacken und gleichzeitig ihre Position zu behaupten.

Trotz der Verbindlichkeit im Ton redet Gisela Hinnemann in der Sache Klartext. So, wenn es um ihre Vorstellungen in der Sportpolitik geht. „Für die Zukunft wünsche ich mir eine größere Verankerung des Sports in der

Schule und zwar nicht darauf beschränkt, dass regelmäßig in allen Schulformen drei Sportstunden gegeben werden, sondern dass dem Sport mit Blick auf die Gesundheitsvorsorge insgesamt eine größere Bedeutung zukommt.“ Ein anderes Thema von ihr ist die Förderung des Leistungssports. Angesichts der deutschen Olympiabewerbung müsse nicht nur der Breiten-, sondern auch der Leistungssport gefördert werden. Im Gegensatz zu früheren Jahren werde im Sportausschuss „völlig tabulos“ auch über die Einrichtung von Eliteschulen gesprochen. Hinnemann hält sie für notwendig, wenn sportlich besonders begabte Schüler ihre Übungszeiten mit dem restlichen Schul-Lehrstoff auf die Reihe bekommen sollen.

### MATHEMATIKSTUDIUM

Gisela Hinnemanns politische Karriere war keineswegs geplant. 1949 in Münster geboren, ist sie in einer politisch interessierten Familie aufgewachsen. Nach Abitur und Mathematikstudium ging sie mit ihrem Mann nach Voerde. Neben dem Beruf galt ihre Energie vor allem der Familie – Mann, Sohn und Tochter – sowie dem Aufbau des Familienbetriebes. CDU-Mitglieder drängten sie, in der Partei mitzuarbeiten. Gisela Hinnemann trat 1988 in die CDU ein und war bereits ein Jahr später Ratsmitglied in Voerde, gleichzeitig Sprecherin der CDU-Fraktion im Schulausschuss. Von 1989 bis 1994 arbeitete sie als Geschäftsführerin der CDU-Fraktion im Rat der Stadt und von 1994 bis 1999 war sie

stellvertretende Bürgermeisterin von Voerde. Als das Kommunalwahlrecht geändert wurde, lehnte sie eine hauptamtliche Tätigkeit ab und kandidierte kurz darauf für den NRW-Landtag. Abgesichert mit einem guten Listenplatz, kam sie ohne Mühe in das Düsseldorfer Parlament.

Mit dem Einleben in die neue Parlaments-tätigkeit hatte sie keine Schwierigkeit, auch wenn ihr die parteipolitischen Auseinandersetzungen nicht behagen und sie lieber reine Sachpolitik machen würde. „Mit dem Sportausschuss bin ich ganz gut dran, da spielt die Parteipolitik keine allzu große Rolle“, sagt sie, während im Kulturausschuss, dem sie ebenfalls als ordentliches Mitglied angehört und im Schulausschuss, wo sie Stellvertreterin ist, die Parteienseinandersetzungen stärker sind. Zu schaffen macht ihr noch heute die Papierflut, die auf jeden Abgeordneten hereinbricht. „Man kann gar nicht alles lesen, aber ich habe einfach nicht den Mumm, Sachen wegzuerwerfen ohne wenigstens mal rein geguckt zu haben“, sagt sie, und so türmen sich ab und an die Akten in ihrem Abgeordnetenzimmer.

Das bisschen Freizeit, das Gisela Hinnemann als Parlamentarierin bleibt, bringt sie weniger mit Reiten – „dazu gibt es bei uns zu viele Profis“ – als vielmehr mit Fahrrad fahren, Schwimmen und Lesen. Außerdem reist sie leidenschaftlich gern.

**Autorin: Gerlind Schaidt**



## Wissenswertes

Die Wissenschaft hielt Einzug in den Landtag: Zum ersten Mal tagte die Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften im Parlamentsgebäude. Die Akademie unterstützt den wissenschaftlichen Gedankenaustausch und berät die Politik in Forschungsfragen. Landtagspräsident Ulrich Schmidt freute sich über die Premiere und appellierte in seiner Begrüßungsrede: „Wirtschaftliches und politisches Handeln kommen ohne die Ergebnisse der Wissenschaften nicht aus.“ Professor Dr. Dr. h.c. Helmut Sies, zweiter Vorsitzender der Akademie, forderte eine Intensivierung der Wechselwirkung von Politik und Wissenschaft. Die Mitglieder der Akademie und die Abgeordneten des nordrhein-westfälischen Landtags informierten sich in zwei Vorträgen u.a. über die Themen Bioterror, Geflügelpest und SARS.

## Handwerksreform

Das Konditorenhandwerk gehört in Meisterhand – so das Credo des Deutschen Konditorenbundes. Der sprach sich im Düsseldorfer Landtag gegen das Gesetz zur Handwerksreform aus. Im Gespräch mit Landtagspräsident Ulrich Schmidt sagte der Präsident des Deutschen Konditorenbundes Otto Kemmer: „Die Freigabe des Konditorenhandwerks an reine Laien ohne fachliche Ausbildung ist unverantwortlich.“ Präsident Schmidt unterstützte dieses Anliegen: „Die Politik hat ein vitales Interesse an einem funktionierenden Handwerk, denn dort wird ein großer Teil der Arbeits- und vor allem Ausbildungsplätze bereit gestellt.“ Im Anschluss an das Gespräch präsentierten 20 Konditormeister aus NRW ihr süßes Handwerk im Landtag. Aus der Landeshauptstadt waren die Konditoren Heinemann und Buschmann vertreten.

### LANDTAG INTERN

**Herausgeber:** Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,  
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

**Redaktion:** Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Fotoredaktion: Bernd Schälte,  
Telefon (02 11) 884-23 03, 884-23 04, 884-25 45 und 884-23 09,  
Fax 884-30 70, pressestelle@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Helmut Stahl MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Michael Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

**Nachdruck mit Quellenangabe erbeten**

**Satz/Gestaltung/Layout:**

h<sub>2</sub>m Kommunikations-Agentur, Duisburg · www.h2-m.de

**Herstellung und Versand:**

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH,  
Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

**Internet-Adresse:** www.landtag.nrw.de

**LANDTAG INTERN** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Geburtstagsliste

Vom 9. Oktober bis 16. Oktober 2003

9.10. Stephan Gatter (SPD)	48
10.10. Ewald Groth (GRÜNE)	50
11.10. Helga Gießelmann (SPD)	54
12.10. Günter Langen (CDU)	68
12.10. Dr. Fritz Behrens (SPD)	55
13.10. Manfred Degen (SPD)	64
13.10. Wolfgang Schmitz (CDU)	55
16.10. Klaus Stallmann (CDU)	58

**Stephan Pfeifer**, Ministerialrat, ist auf gemeinsamen Vorschlag der vier Landtagsfraktionen vom Plenum zum Mitglied des Landesrechnungshofs (LRH) gewählt worden. Pfeifer tritt die Nachfolge des Leitenden Ministerialrats Arnulf Schmidt an, der Ende August in den Ruhestand versetzt worden ist.

## Fit für Morgen

Auch durch den Verzehr leckerer Printen können sich die Besucher der Ausstellung „Fit für Morgen“ davon überzeugen, dass es durchaus erfolgreiche kleine und mittelständische Unternehmen in NRW gibt. „Fit für Morgen“ öffnet vom 13. bis 17. Oktober in der Wandelhalle des Landtags seine Pforten und wird von der Landes-Gewerbeförderungsstelle des nordrhein-westfälischen Handwerks (LGH) organisiert. Offiziell eröffnet wird die Ausstellung von Landtagspräsident Ulrich Schmidt am 15. Oktober um 9.30 Uhr. Mit dabei ist Franz-Josef Knieps, Vorsitzender der LGH.

## Tag der offenen Tür

Edith Jungmann, Lothar Gröger und Olaf Zenke sind die Hauptgewinner des NRW-Quiz, bei dem die Besucher beim Tag der offenen Tür in der Landtagsbibliothek mitmachen konnten. Der erste Preis ist ein Ticket der LTU für zwei Personen, der zweite Preis sind zwei Eintrittskarten für ein Heimspiel von Borussia Dortmund und der dritte Preis sind zwei Karten für ein Heimspiel des 1. FC Köln. Gleichzeitig wurde am Stand des Finanzreferats geraten, wie viel Euro sich in einem mit 10-Cent-Stücken gefüllten Glas befinden. 83 Besucher lagen mit 555 Euro richtig. Die Sieger: Oliver Pohen und Esther Ribera.

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Karl-Wolfgang Brandt, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 16. Oktober 2003 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



## „Die gute Form – Tischler gestalten ein Meisterstück“

Geschmeidig wirkendes Holz in kunstvollen Formen und strahlende Preisträger glänzten am 1. Oktober in der Wandelhalle des Landtags NRW um die Wette. „Es handelt sich mit Fug und Recht um eine Kunstausstellung“, begrüßte Landtagspräsident Ulrich Schmidt die 29 Tischlermeister und ihre Meisterstücke. Der Wettbewerb, initiiert vom Fachverband Tischlerhandwerk NRW, stand unter dem Motto „Die gute Form – Tischler gestalten ein Meisterstück“. Ulrich Schmidt überreichte die Preise an Heiner Rolf-Kiel (1. Preis) aus Vermold, David Rudzicki (2. Preis) aus Coesfeld und Christian Tüshaus (3. Preis) aus Hemer. Gekürt wurden ein Geschirrschrank, ein Freiraummöbel und ein Couchtisch. Das Freiraummöbel von David Rudzicki wurde von der Jury als „filigran wirkender Schrank in fernöstlichem Flair“ beschrieben. David Rudzicki sagte: „Es ist einfach aus dem Herz gewachsen.“

Foto: Schälte